



*Protest der Jüdischen Studierendenunion Deutschlands gegen die JAfD.
Foto: Rafael Herlich.*

DIE „JUDEN IN DER AFD“ UND DER ANTISEMITISMUS

EINLEITUNG, FRAGESTELLUNG, QUELLEN

Es ist ein relativ normaler Vorgang, wenn sich im Rahmen einer Partei oder in ihrem unmittelbaren Umfeld eine Vereinigung bildet, die spezifische Gruppeninteressen vertritt oder bündelt. Wo Parteien in einer pluralistischen Demokratie den Anspruch erheben, „Volksparteien“ zu sein, ist dies so naheliegend wie sinnvoll. Die Zugehörigkeit zu einer spezifischen Minderheit oder ein religiöses Bekenntnis können solche Interessengruppen konstituieren. In den mitgliederstarken Parteien gibt es seit einiger Zeit auch spezifisch jüdische Gruppen: Das „Jüdische Forum in der CDU“ und den „Arbeitskreis Juden in der SPD“. In den Parteien mit unter 100.000 Mitgliedern – Grüne, Linke und FDP – haben sich solche Gruppen bislang nicht gefunden. Die Gründung einer Gruppe „Juden in der AfD“ (JAfD) im Herbst 2018 musste indes besondere öffentliche Aufmerksamkeit

auf sich ziehen, gilt doch die Alternative für Deutschland (AfD) als stark rechtslastig, deutschnational und tendenziell antisemitisch. Allerdings teilen auch viele Jüd*innen in Deutschland Befürchtungen angesichts einer weiteren Zuwanderung aus dem islamischen Kulturkreis, insbesondere angesichts der Fluchtbewegungen um 2015 in Verbindung mit einer islamistischen Anschlagsserie in Europa. An derartige Stimmungslagen anknüpfend hätte die AfD durchaus auch unter jüdischen Wähler*innen mobilisieren können. Im Zuge ihrer kumulativen Radikalisierung hat sie diese Erfolgsaussichten indes erheblich beschnitten: Björn Höckes Forderung einer „erinnerungspolitische[n] Wende um 180 Grad“ (Höcke 2017, 1:40:30),¹ Alexander Gaulands

¹ Nachweise zu den in dieser Ausgabe zitierten Quellen sowie Literaturangaben sind auf www.mmz-potsdam.de hinterlegt.

Bagatellisierung des Nationalsozialismus als „Vogelschiss“ (Gauland 2018, 0:42) und das gemeinsame Auftreten mit offenen Neonazis, das spätestens seit Sommer 2018 nicht mehr zu übersehen war, haben auch konservativ oder nationalliberal orientierte jüdische Wähler*innen deutlich auf Distanz gebracht. Für die AfD ist diese Wählergruppe angesichts ihres verschwindend kleinen Anteils an der deutschen Wählerschaft irrelevant. Dagegen bot die Gründung der JAfD einen guten Anlass, dem Vorwurf einer antisemitischen Ausrichtung der Partei entgegenzutreten.

Die vorliegende Studie untersucht die Gruppe „Juden in der AfD e.V.“. Angesichts der hohen öffentlichen Aufmerksamkeit, die sie erfahren hat, lohnt ein genauerer Blick auf ihre Zusammensetzung, ihre Aktivitäten und die zentralen Positionen, mit denen sie sich an die Öffentlichkeit wendet. Ziel ist eine Einordnung der Bedeutung und Funktion dieser Gruppe, sowohl für die Jüd*innen in Deutschland als auch für die AfD.

Parteinahe Gruppen, die sich um ein bestimmtes Thema oder ein kollektives Interesse formieren, erfüllen nach unseren Vorüberlegungen mindestens zwei Funktionen. Bezogen auf ihre Mutterpartei wollen sie werbend wirken, besonders in der Klientel, der sie sich zuordnen. Sie wollen mithin verdeutlichen, dass und in welcher Hinsicht die Werthaltungen, programmatischen Ziele und konkreten politischen Handlungen ihrer Partei sich mit den Werthaltungen und Interessen der eigenen Gruppe decken oder überschneiden. Auch über die eigene Klientel hinaus können sie gegebenenfalls werbend wirken. Bezogen auf die Klientel, der sie sich zuordnen, wollen sie, so kann vorausgesetzt werden, deren Interessen in die Mutterpartei hineinragen, ihnen dort Geltung verschaffen, damit sie in politischen Handlungen der Partei, aber auch darüber hinaus Berücksichtigung finden. Wo die Mutterpartei diesen Interessen zuwider handelt ist zu erwarten, dass die Interessengruppe sich mindestens parteiintern kritisch äußert. Die Fähigkeit, diese beiden Funktionen zu erfüllen, hängt von der Veran-

kerung in der jeweiligen Klientel ebenso ab, wie von einer ausreichend starken Stellung innerhalb der Partei. Ist die Anbindung an die Klientel oder Community schwach ausgeprägt, wird die Gruppe weder für ihre Partei werbend wirken können, noch kollektive Bedürfnisse und Ansprüche erkennen und dann auch mit hinreichendem Druck in die Mutterpartei hineinragen können.

Wir stellen in dieser Studie drei zentrale Fragen an die JAfD:

Erstens: Inwieweit erfüllen die JAfD die Funktion, für ihre Mutterpartei in jüdischen Communitys und darüber hinaus werbend zu wirken?

Zweitens: Inwieweit erfüllen sie die Funktion, die Anliegen der jüdischen Gemeinschaft in der Mutterpartei und auf diesem Wege politisch zur Geltung zu bringen?

Drittens: Welche weiteren Funktionen lässt der Verein JAfD möglicherweise erkennen?

Hierzu stellen wir den Verein vor (1) und schildern seine bisherigen Aktivitäten (2). Daraufhin analysieren wir die Positionen der JAfD und ihrer Mitglieder (3) zum Charakter, den religiösen und ethischen Grundlagen des Judentums (a), zur jüdischen Gemeinschaft in Deutschland (b), zu Israel (c), zur AfD (d) und zum Antisemitismus in Geschichte und Gegenwart (e). Im Fazit versuchen wir eine Einordnung und Analyse der Funktionen des Vereins (4).

Grundlage sind die Verlautbarungen, die Vereinsangehörige unter Verweis auf ihre Funktion oder Mitgliedschaft in der JAfD öffentlich getätigt haben. Dazu stehen Interviews gegenüber verschiedenen Medien, eigene Social-Media- und Online-Angebote, Dokumentationen von Veranstaltungen – im Internet meist als Videomitschnitte hochgeladen – sowie die Beiträge in einer Publikation der JAfD zur Verfügung.

In dieser Studie geht es, im Sinne akteursorientierter Forschung (vgl. Botsch 2017), ausschließlich um den Verein JAfD e.V. und seine Mitglieder. Einstellungen und Werthaltungen innerhalb der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland, deren hypothetische (weil empirisch nicht ermittelbare) Wahlneigung zu Gunsten der AfD oder AfD-nahe Positionen von Jüd*innen, die nicht der JAfD angehören, werden ebenso wenig eigenständig untersucht, wie AfD-Stimmen jenseits der JAfD.

IMPRESSUM

Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle
Antisemitismus und Rechtsextremismus

Herausgeber:

Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien
Am Neuen Markt 8, 14467 Potsdam
Telefon: (0331) 28 09 40
moses@mmz.uni-potsdam.de
www.mmoz-potsdam.de

Redaktion: Christoph Schulze

Druck: PinguinDruck, Berlin

ISSN: 2569-0906 (Print), 2944-0173 (Online)



Soweit nicht anders gekennzeichnet, ist dieses Werk unter einem Creative-Commons-Lizenzvertrag Namensnennung 4.0 lizenziert. Dies gilt nicht für Zitate sowie für Werke, die aufgrund einer anderen Erlaubnis genutzt werden. Fotorechte verbleiben bei den Rechteinhaber:innen.

DER VEREIN „JUDEN IN DER AfD E.V.“

Die „Juden in der AfD“ sind ein eigenständiger eingetragener Verein mit Sitz in Berlin. In der AfD-Satzung sind grundsätzlich keine Parteigruppierungen oder Gliederungen jenseits des Jugendverbands Junge Alternative (JA) vorgesehen, daher ist die Form eines parteinahen Vereins üblich und naheliegend.

Um sein Selbstverständnis darzulegen, hat der Verein eine Grundsatzerklärung abgegeben (JAfD 2019c, 141-148). Gegen Ende des Dokuments und sehr knapp bemerken die

JAfD unter der Überschrift „Politisches Sprachrohr anstelle institutioneller Vertretung mit sinkender Legitimation“, sie könnten im Gegensatz zum Zentralrat der Juden zwar „naturgemäß keine institutionelle Vertretung“ bieten, wollten aber eine „bislang in der Öffentlichkeit sträflich vernachlässigte und teilweise sogar unterdrückte Haltung artikulieren, mit der sich ein bedeutender und zunehmend größer werdender Teil der deutschen Judenheit identifiziert.“ (Kosova et al. 2019, 148). Der Verein unterstütze die Anstrengungen der Bundes- und Landesvorstände, sich von den „in der Partei anzutreffenden Restbeständen des rechten Antisemitismus zu trennen“, doch werde das „Gewicht fraglicher Personen in der medialen Berichterstattung zum Zwecke der Diffamierung der gesamten Partei maßlos überschätzt.“ (Kosova et al. 2019, 147).

Weitere Aussagen zur eigenen Ziel- und Aufgabenstellung werden nicht explizit gemacht. Die Grundsatzerklärung formuliert vielmehr eine Reihe prinzipieller Haltungen zu Themenfeldern, die in der AfD insgesamt von hoher Bedeutung sind, so die Kritik der Einwanderungspolitik, Gegnerschaft zum Islam, zur politischen Linken und dem „Mainstream“ (Kosova et al. 2019, 144). Abgelehnt wird ferner die „exzessiv betriebene Vergangenheitsbewältigung“, gefordert dagegen ein Bekenntnis zu „Abendland“, „Deutschtum“ (Kosova et al. 2019, 147) und Identität, zu Autorität und zur „traditionellen, monogamen Familie“ (Kosova et al. 2019, 146). Die JAfD geben einige Hinweise auf ihr Verständnis vom Judentum (s.u.) und betont ihre Übereinstimmung mit der AfD im Sinne einer Interessengemeinschaft zwischen Jüd*innen und der „europäischen Rechten“ (Kosova et al. 2019, 147). Damit würden sie die eigentliche Stimmung in den jüdischen Gemeinden zum Ausdruck bringen: So sei „der Anteil der AfD-Wähler unter den deutschen Juden [...] zweifelsohne deutlich höher als in der bundesrepublikanischen Gesamtbevölkerung“.² In einem Interview erklärt die Vereinsvorsitzende Vera Kosova ergänzend, die „Fokussierung auf eine Gruppe wie die Juden“ helfe, die AfD „weiter zu professionalisieren. Wir erarbeiten judenspezifische Themen, gewinnen dabei Expertise und werden zu Ansprechpartnern bei entsprechenden Fragen“ (Voigt 2018).³

Das Anrecht auf Mitgliedschaft „setzt sowohl die Zugehörigkeit zum Judentum als auch eine Mitgliedschaft in der

AfD voraus“ (JAfD o.J. a), andere Interessierte können eine Fördermitgliedschaft beantragen. Auf dem Mitgliedsantrag, der zum Download online steht, ist durch Ankreuzen zu bestätigen, „dass ich Jude bin“, es folgen drei weitere Felder, in denen die Optionen „ethnisch“, „kulturell“ beziehungsweise „religiös“ angekreuzt werden können.

Dem Verein sollen mit seiner Gründung 24 Vollmitglieder beigetreten sein, von denen 19 an der Gründungsveranstaltung in Wiesbaden teilnahmen. Im Oktober 2019 erklärte der stellvertretende Vorsitzende Artur Abramovych im Gespräch mit dem Junge-Freiheit-Redakteur Moritz Schwarz, nach der Gründung habe es wenige Austritte und einige Neueintritte gegeben, so dass der Stand der Mitgliederzahlen ein Jahr später in etwa konstant sei. Die Fördermitglieder seien zumeist nichtjüdische AfD-Mitglieder,⁴ es gäbe aber auch einige Jüd*innen, die nicht der Partei beitreten wollten. Abramovych „gehe davon aus“ und sei sich „beinahe sicher, dass die Mehrheit der Juden in der AfD Mitglied bei uns ist“ (Kosova/Abramovych 2019, 22:30). Trifft dies zu, so lässt sich schließen, dass Jüd*innen in der AfD erkennbar unterrepräsentiert sind.⁵

Zur Vorstandsvorsitzenden wurde Dr. med. Vera Kosova, geboren 1982 in Taschkent (Usbekistan) gewählt. Die Fachärztin am Universitätsklinikum Heidelberg ist nach eigenen Angaben als jüdischer Kontingentflüchtling 1998 aus Usbekistan nach Deutschland eingewandert: Ihre Familie habe das Land verlassen müssen, weil es „nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion islamisiert“ worden sei (in Kosova et al. 2019, 21, 167). Sie studierte und promovierte in Gießen. Seit 2016 AfD-Mitglied, ist sie 2017 zur Sprecherin des Kreisverbands Esslingen gewählt und als Bundestagskandidatin für den Wahlkreis Nürtingen aufgestellt worden; 2019 wurde sie Mitglied im Vorstand des Landesverbands Baden-Württemberg. Im Verband Region Stuttgart fungiert sie als Regionalrätin für die AfD. Im Interview erklärt Kosova, sie „versuche, die religiösen Traditionen des Judentums mit Augenmaß zu leben“, besuche zu den Feiertagen die Synagoge und versuche, ihre Kinder in einem jüdischen Kindergarten unterzubringen (Voigt 2018).

Stellvertretender Vorsitzender ist Wolfgang Fuhl, geboren 1960 in Weil am Rhein und wohnhaft in Lörrach. Der technische Angestellte ist nach eigenen Angaben Betriebsratsvorsitzender eines mittelständischen Unternehmens. In einem Interview vor der Bundestagswahl 2017 berichtet Fuhl: „Ich

² Im Gespräch mit der Jungen Freiheit spricht Kosova unter Berufung auf „inoffizielle Quellen“ von „20 bis 30 Prozent der [...] jüdischen Deutschen, die AfD wählen oder wählen würden“ (Kosova/Abramovych 2019, 39:50); ihr Stellvertreter Wolfgang Fuhl behauptet: „Die Mehrheit der [...] jüdischen Wähler wählt längst AfD“ (Fuhl 2019, 46:10). Diese Behauptungen können zwar nicht seriös überprüft werden, aber als außerordentlich unwahrscheinlich gelten. Angaben zur Wahlpräferenz von Jüd*innen in Deutschland liegen nicht vor; zur Wahlpräferenz nach Konfession vgl. Schuler/Kiess/Decker/Brähler 2020, 7.

³ Die Authentizität eines „Arbeitsprogramms“, das auf der problematischen Webseite „Jewiki“ veröffentlicht wurde, lässt sich nicht überprüfen, vgl. Kühntopf 2018.

⁴ Darunter drei Mandatsträger: Anton Friesen (MdB), Daniel Rottmann (MdL Baden-Württemberg) und Jan Schiffers (MdL Bayern), vgl. JAfD (o.J. b.)

⁵ Präzise Berechnungen sind auf Grund der nur als Schätzwerte vorliegenden Angaben zur jüdischen Bevölkerung in Deutschland sowie mit Blick auf die sehr geringen Fallzahlen der jüdischen AfD-Mitglieder nicht leistbar. Unsere Aussage kann gleichwohl selbst bei großzügiger Schätzung als gesichert gelten. Zur Statistik der Juden vgl. Della Pergola 2018 (zitiert nach Institute for Jewish Policy Research); für Mitgliederzahlen der deutschen Parteien vgl. Niedermayer 2017.

hab' mich durchgekämpft, hochgekämpft, ich komm' von unten, ich weiß, was Armut ist, ich weiß, was Reichtum ist – als ich Oberrat [der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden, Anm. GB] war, konnte ich da reingucken, [unverständlich] luxuriöses Leben –, ich bin einer von hier unten, tief verwurzelt“ (Fuhl 2017, 3:20). Er äußert sich ebenfalls über sein Engagement in der linken Jugendzentrumsbewegung der 1970er Jahre, bei den Jusos und als Gewerkschafter und Betriebsrat, seinen beruflichen Werdegang, Frau und Kinder (vgl. Land Baden-Württemberg 2011, 2; Kosova et al. 2019, 165). Über seine jüdische Herkunft oder eine mögliche Konversion äußert sich Fuhl in den vorliegenden Selbstbeschreibungen indes nicht. Fuhl wurde 2004 oder 2005⁶ in den Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde Lörrach gewählt und übernahm 2007 den Vorsitz des Oberrats der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden, für die er maßgeblich über den Abschluss des 2010 in Kraft getretenen Staatsvertrages mit dem Land Baden-Württemberg verhandelte. 2011 erhielt er den Verdienstorden des Landes Baden-Württemberg. Von 2008 oder 2009⁷ bis 2012 war er Mitglied im Direktorium des Zentralrats der Juden in Deutschland. 2013 wurde er Mitglied der AfD, Kreisvorsitzender in Lörrach und kandidierte im Wahlkreis Lörrach-Müllheim für die AfD zur Bundestagswahl. 2016 kandidierte er für den Baden-Württembergischen Landtag und 2017 erneut für den Bundestag, beide Male erfolglos. 2019 wurde er ins Kuratorium der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung berufen. Fuhl ist das einzige JAfD-Mitglied, bei dem sich eine Übernahme von Ehren- und Wahlämtern im Rahmen der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland nachweisen lässt.

Artur Abramovych wurde 1996 im ukrainischen Charkiw geboren und kam 1998 als jüdischer Kontingentflüchtling nach Deutschland. Er sei „Urenkel eines in Babij Jar erschossenen Rabbinersohnes“ (Abramovych 2019a, 127). Seine Mutter bezeichnet er als „Zentralratsfunktionärin“ (Kosova et al. 2019, 163) beziehungsweise „Funktionärin auf Landesebene“ (Kosova/Abramovych 2019, 35:30). Auf der Webseite der Jüdischen Gemeinde Emmendingen, seiner Heimatgemeinde, wird vermerkt, dass Artur Abramovych am 31. Januar 2008 seine Bar Mizwa feierte.⁸ Abramovych studiert Literaturwissenschaften in Freiburg und Bamberg und hat seine Bachelor-Arbeit über jüdische Stereotype im Frühwerk von Thomas Mann geschrieben. 2017 trat er der AfD bei und wurde Landesvorstandsmitglied der Jungen Alternative Bayern. Er sei Mitglied der Israelitischen Kultusgemeinde Bamberg und bei Chabad Freiburg sowie bei

der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) (Kosova et al. 2019, 163). Habituell vermittelt Abramovych eine Orientierung an „neurechten“ beziehungsweise „rechtsintellektuellen“ Milieus. Derartige Einflüsse dürften Abramovychs Hinwendung zu dem nationalkonservativen deutsch-jüdischen Religions- und Geistesgeschichtler Hans Joachim Schoeps begründen, dessen eigenwillige Interpretation des Judentums auch in Deutschland ohne nachhaltigen Einfluss auf das Judentum geblieben ist (vgl. Botsch/Knoll/Ludewig 2010; Brumlik 2019). Neben weiteren inhaltlichen Bezugnahmen sprechen für eine neurechte Selbstverortung auch drei Beiträge auf der Online-Präsenz der Schülerzeitung „Blaue Narzisse“. Der erste Beitrag vom 17. Juli 2018 ist ein „Klagepsalm“ (Abramovych 2018), der tradierte männliche und weibliche Rollenbilder beschwört; der Zweite vom 2. August 2019 handelt von dem israelischen Autor Iddo Netanyahu, dem jüngeren Bruder des israelischen Ministerpräsidenten (Abramovych 2019b); der Dritte vom 11. Oktober 2019 ist mit „Notizen zu Halle aus jüdischer Sicht“ überschrieben und leugnet die rechtsextremen Tathintergründe des Synagogen-Anschlags von Halle an Yom Kippur 2019 (Abramovych 2019c).⁹ Als indes Anfang 2020 auf dem zentralen öffentlichen Kommunikationskanal der „Neuen Rechten“, dem Blog „Sezession im Netz“, eine Israel-Debatte begann, die nicht frei von antisemitischen Motiven war, traf die Kritik auch Abramovych: Sezession-Stammautor Martin Lichtmesz bescheinigte ihm, „ziemlich realitätsfern“ zu argumentieren (Lichtmesz 2020).

Weitere Vorstandsmitglieder sind Josef Kanewski (Schatzmeister, AfD Kreisverband Amberg-Neumarkt), Dr. Stefan Pincus (Schriftführer, KV Aachen), Beisitzer sind Emanuel Bernhard Krauskopf (Bezirksverband Berlin-Reinickendorf) und Marcel Hirsch (Bezirksverband Berlin-Marzahn). Nicht im Vorstand vertreten ist Dimitri Schulz aus dem hessischen Wiesbaden, das einzige Mitglied eines Landtags bei den JAfD. Der 1987 im kirgisischen Alexejewka geborene Schulz kam nach eigenen Angaben 1989 als Heimatvertriebener (Kosova et al. 2019, 169) aus christlich-jüdischer Familie nach Deutschland. Seine Zugehörigkeit zum Judentum wurde wiederholt bestritten, unter anderem wegen seinen Bekenntnissen zu Jesus Christus.¹⁰ Explizit erklärt Schulz in seiner – in zentralen Passagen die Schoa relativierenden – Bewerbungsrede als Kandidat für den hessischen Landtag im Sommer 2018, wenige Monate vor der Gründung der JAfD: „Ich kandidiere als [...] Vertreter der freikirchlichen Gemeinden gläubiger Christen und Juden.“

⁶ Für die Jahreszahl 2004: Kosova et al. 2019, 165; für 2005: Land Baden-Württemberg 2011.

⁷ Für die Jahreszahl 2008: Land Baden-Württemberg 2011, 2; für 2009: Kosova et al. 2019, 165.

⁸ Vgl. Jüdische Gemeinde Emmendingen o. D.; Hier dürfte ein Datierungsfehler vorliegen, da jüdische Jungen erst nach vollendetem 13. Lebensjahr als Bar Mizwa, d.h. erwachsen im Sinne der Religionsgesetze, gelten.

⁹ Es ist sehr irritierend, Abramovych über Halle sprechen zu sehen, da er grinst und wiederholt die Formulierung „amüsant“ bzw. „das Amüsante“ verwendet, vgl. Kosova/Abramovych 2019, 13:55; Abramovych 2020, 32:44.

¹⁰ Vgl. Killy 2018; Cuntz 2018; Fabian 2018; Krauss 2019. Auch im Rechtsextremismus wird das Thema aufgegriffen und ironisiert, vgl. Laut Gedacht 2018.



*Gründungsveranstaltung der JAfD
2018 in Wiesbaden.*

Foto: Frank Rumpenhorst, Picture Alliance.

(Schulz 2018, 07:33). Nicht wegen seiner AfD-Funktionen, sondern wegen seines christlichen Messianismus ist ihm in der Wiesbadener Synagoge Hausverbot erteilt worden, denn derartige Bekenntnisse sind mit einer Zugehörigkeit zum Judentum nach übereinstimmender Auffassung aller religiösen Richtungen unvereinbar. Ferner sind als JAfD-Mitglieder unter anderem Alexander Beresowski,¹¹ Leon Hakobian (vgl. Hakobian 2018), Jaroslaw Poljak,¹² der am 12. Mai 2018 als AfD-Kandidat bei den Oberbürgermeisterwahlen in Wilhelmshaven scheiterte, und Ollie Weksler¹³ öffentlich aufgetreten.

Irritationen löste der folgende Vorgang aus: Im Juli 2019 präsentierte die brandenburgische Landtagsfraktion der AfD in einer Pressemitteilung den Potsdamer Studenten Marvin Ganz als „Sprecher der Juden in der AfD in Potsdam“. Marvin Ganz bezeichnete damals die Fallzahlen des Landeskriminalamts zu antisemitischen Straftaten als „stark heruntergerechnet“, ohne für diesen Verdacht einen konkreten Beleg beibringen zu können und sagte weiter: „Für mich ist es unerträglich, dass man wegen einer Kippa in Potsdam beleidigt wird.“ (Ganz/Jung 2019). Gut drei Wochen später zeigte Ganz am Potsdamer Hauptbahnhof zwei Syrer an, ihn als Träger einer Kippa beleidigt und angespuckt zu haben. Bei dieser Gelegenheit dementierte er nicht nur, Sprecher der JAfD in Potsdam zu sein, sondern erläuterte auch, er trage die Kippa aus persönlichen Gründen, sei als Christ geboren und habe „den jüdischen Glauben für sich vor einigen Jahren angenommen“, sei aber bislang kein Mitglied einer Jüdischen Gemeinde und habe auch den formalen Prozess zur Konversion noch nicht begonnen (Zschieck 2019).

ENTWICKLUNG UND AKTIVITÄTEN

Die Gründung der JAfD im Oktober 2018 erfolgte angesichts der sich damals verschärfenden bundesweiten öffentlichen Diskussion um die Bewertung des Rechtsextremismus in der AfD als Gesamtpartei. Am 1. September 2018 riefen nach einem Tötungsdelikt im sächsischen Chemnitz die AfD-Landesverbände aus Sachsen, Brandenburg und Thüringen gemeinsam mit „Pegida“ zu einer Großdemonstration auf. Die hierbei erkennbar gewordene Zusammenarbeit von AfD-Funktionären mit Neonazis war Anlass für den thüringischen Verfassungsschutz, die Behandlung des dortigen AfD-Landesverbandes als „Prüfball“ öffentlich zu erklären (Neuerer 2018). Am 12. September 2018 bildete der AfD-Bundesvorstand eine Arbeitsgruppe, die sich nicht mit verfassungsfeindlichen Tendenzen in der AfD und ihrem Umfeld, sondern „mit dem Thema einer möglichen Beobachtung durch den Verfassungsschutz“ beschäftigen sollte (Alternative für Deutschland 2018), welche es aus Sicht des Parteivorstands abzuwehren galt. Neben dem Vorsitzenden Jörg Meuthen wurde auch Bundesvorstandsmitglied Joachim Kuhs (inzwischen Mitglied des Europaparlaments) benannt, einer der Sprecher der Vereinigung „Christen in der AfD“ (ChrAfD).

Kurz darauf, am 7. Oktober 2018, wurde in Wiesbaden die JAfD ins Leben gerufen.¹⁴ Die unmittelbar auf die Chemnitzer Ereignisse folgende Gründung einer jüdischen Parteigliederung barg für die AfD zu diesem Zeitpunkt die Hoffnung, öffentlich zumindest den Vorwurf des Antisemitismus abzuwehren und somit die Debatten um den Rechtsextremismus in der AfD abzumildern. Von Anfang an bestand eine deutliche Nähe zum Bundesvorstand der AfD,

¹¹ Unter anderem als Beiträger zum Band Kosova et al. 2019.

¹² Vgl. Abramovych/Poljak 2019; Bericht bei PI NEWS 2019.

¹³ Unter anderem als Beiträger zum Band Kosova et al. 2019.

¹⁴ Schon am 21.9.18 war die geplante Gründung durch einen Bericht der FAZ öffentlich geworden, vgl. Remmert 2018.

der dieser Gruppe große Aufmerksamkeit zuwandte und sie maßgeblich förderte. Eine Schutzschild-Funktion wurde von den Beteiligten teilweise öffentlich eingeräumt. Gründungsmitglied Jaroslaw Poljak etwa erläuterte, dass für ihn der „Hintergedanke“ zur JAfD-Gründung gewesen sei, die öffentliche Wahrnehmung der AfD als „rechte Partei“ zu konterkarieren: „Wenn es so eine Gruppe gibt, dann ist dieser Blödsinn von der rechten Partei total unlogisch“ (Abramovych/Poljak 2019). Der Gründungsredner Joachim Kuhs wiederum nannte die JAfD „einen echten Glücksfall“ für die Partei, da so der politischen Konkurrenz das „Spielzeug der Nazikeule“ genommen werde (Bryton 2018).¹⁵

Betont wird regelmäßig die bedeutende Unterstützung der JAfD-Gründung durch die „Christen in der Alternative für Deutschland“ (ChrAfD). Ansonsten sei der Impuls von der „Basis“ ausgegangen, wie die JAfD-Vorsitzende berichtet (Voigt 2018). Auch Krauskopf, der die Idee einer jüdischen Gruppe bei der AfD für sich in Anspruch nimmt, spricht gegenüber dem Tagesspiegel von einer „Initiative von unten“: Seine ursprüngliche Idee sei ein christlich-jüdischer Arbeitskreis gewesen. Erst im Frühjahr 2018 sei die Verbindung zu anderen jüdischen AfDler*innen zustande gekommen. Jeder habe „für sich wie auf einer Insel“ gelebt, bis Artur Abramovych eine WhatsApp-Gruppe eingerichtet, Dimitri Schulz die Organisation übernommen und Krauskopf eine Satzung und Präambel ausgearbeitet habe (Müller 2018).¹⁶ Dass die Gründungsmitglieder isoliert in die AfD eingetreten sind, verdeutlicht, dass keineswegs persönliche Netzwerke, Bekanntschaften oder gar religiöse, kulturelle oder politische Unterströmungen innerhalb der jüdischen Communitys in Deutschland Ausgangspunkte oder personelle Basen für die JAfD bilden und konfrontiert damit die Selbstdarstellung als Vertreter*innen eines „Neuen Judentums“.

Zum Gründungstreffen wurde eine großformatig angelegte Pressekonferenz ausgerichtet, bei der sich die JAfD mit einem zehnköpfigen Podium den insgesamt rund 50 akkreditierten deutschen und internationalen Pressevertreter*innen präsentierte. Begleitend gab es Proteste jüdischer Organisationen, unter anderem eine gemeinsame Erklärung des Zentralrats der Juden in Deutschland und zahlreichen weiteren jüdischen Institutionen (Jüdische Allgemeine 2018). Zur Gründungsveranstaltung steuerte Beatrix von Storch ein Grußwort bei, AfD-Bundesvorstandsmitglied und mittlerweile stellvertretende Parteivorsitzende. Ein Grußwort des AfD-Ko-Vorsitzenden Jörg Meuthen wurde per Videobotschaft übertragen. Weitere Grußworte kamen unter anderem von Erika Steinbach

(Vorsitzende der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung), Joachim Kuhs (Vorsitzender der ChrAfD), Michael Klonovsky (Referent des damaligen AfD-Ko-Vorsitzenden Alexander Gauland) und von Petr Bystron (Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion).

Ungefähr sechs Wochen nach der Gründung veröffentlichten die JAfD eine knapp gehaltene „Grundsatzerklärung“, in der inhaltliche Positionen der Gruppe umrissen werden. Seitdem haben die JAfD ein überschaubares Maß an Aktivitäten entwickelt. Auf der Homepage www.j-afd.org sind zwischen der Organisationsgründung im Oktober 2018 und Ende März 2020 lediglich sechs Meldungen in der Rubrik „Aktuelles“ und sieben unter „Galerie“ abgelegt worden. Danach betreiben die JAfD einen Twitter-Account (mit rund 2.500 Followern, Stand April 2020) und eine Facebook-Präsenz (mit rund 12.000 Likes, Stand April 2020), die beide regelmäßig mit kurzen Notizen und Stellungnahmen bestückt werden.

Im September 2019 wurde in Heidelberg eine zweite Mitgliederversammlung ausgerichtet, bei der die Vorstandsspitze in ihrem Amt bestätigt wurde. Einige JAfD-Mitglieder treten bei Veranstaltungen von AfD-Gliederungen und der Partei nahestehenden Institutionen als Redner*innen auf, um ihre Organisation dort zu repräsentieren. Im Februar 2019 war Wolfgang Fuhl Referent in der Berliner „Bibliothek des Konservatismus“ (Fuhl 2019), im Mai 2019 trat Vera Kosova bei der Karlsruher AfD auf (Kosova 2019), im Juni 2019 sprachen Jaroslaw Poljak und Artur Abramovych bei der AfD-Landtagsfraktion in Hannover (Abramovych/Poljak 2019; PI News 2019) und im August 2019 Emanuel Bernhard Krauskopf beim rechtsextremen AfD-Funktionär Andreas Wild in Berlin (Krauskopf 2019). Der Ablauf einiger Veranstaltungen hinterlässt den Eindruck, als sei die JAfD-Beteiligung in den Ankündigungen stark herausgehoben worden, während sie während der Veranstaltungen selbst vergleichsweise gering blieb. Eine Veranstaltung bei der brandenburgischen AfD-Landtagsfraktion im Mai 2019 wurde beispielsweise als „Juden in der AfD – interreligiöser Dialog“ angekündigt. Von circa 130 Minuten (Übertragungsdauer) entfielen lediglich acht auf ein Grußwort der JAfD-Vorsitzenden Kosova, hinzu kamen einige Zwischenbemerkungen und Moderationen von ihr und vor allem Abramovych. Die restliche Redezeit war den Beiträgen von nichtjüdischen AfD-Funktionären, darunter der rechtsextreme Landesvorsitzende Andreas Kalbitz, der Kandidat für das Europäische Parlament (jetzt dessen Mitglied) Nicolaus Fest, Funktionären der ChrAfD sowie der österreichischen „Islamkritikerin“ Laila Mirzo vorbehalten (Abramovych et al. 2019; vgl. Botsch 2020).

Neben den Veranstaltungsbeteiligungen sind die JAfD bislang zwei Mal publizistisch in Erscheinung getreten. Zu einem im Dezember 2018 erschienenen essayistischen Sammelband der AfD-nahen Erasmus-Stiftung trug JAfD-Vorstand Wolfgang Fuhl einen siebenseitigen Artikel bei (Fuhl 2018). 2019 erschien als eigene JAfD-Publikation der

¹⁵ Vgl. auch seine Ausführungen im Potsdamer Landtag, Abramovych et al. 2019.

¹⁶ Dass sich die einzelnen JAfD-Mitglieder vor der Gründung kaum gekannt hätten und über ganz Deutschland verstreut gewesen seien, geht auch hervor aus Azhari 2019, Anhang Interviewtranskript – JAfD-1 (anonymisiert), o. S. (122).



Einladung zum „Interreligiösen Dialog“ der Brandenburger AfD-Fraktion. Screenshot: AfD Fraktion Brandenburg.



Wolfgang Fuhl in der „Bibliothek des Konservatismus“. Screenshot: Twitter Erasmusfreunde.

Sammelband „Was Juden zur AfD treibt“, herausgegeben von den JAfD-Funktionär*innen Kosova, Fuhl und Abramovych. In dem Buch sind zahlreiche drastische Positionen versammelt. Nach Ansicht des Autors Ollie Weksler etwa sei von Bundeskanzlerin Merkel und unter Beteiligung „aller Altparteien“ ein neues „Jahr 1933“ „sozusagen“ bereits erreicht worden und eine neue „Reichskristallnacht“ stehe bevor (Kosova et al. 2019, 51). Sinn des Bandes sei es, so Mitherausgeber Abramovych, einerseits eine Auseinandersetzung über „die islamische Masseneinwanderung nach Europa“ zu führen und andererseits das vorgebliche „Deutungsmonopol des Zentralrats“ infrage zu stellen. Die Texte sind knapp gehalten – im Hauptteil sind 16 Beiträge auf 129 großzügig layouteten Seiten verteilt. Enthalten sind ein Vorwort, vier Grußworte, eine Einleitung und ein Epilog. Diesen sieben rahmenden Texten stehen neun eigentliche, als inhaltliche Beiträge ausgewiesene Texte gegenüber. Die üppige Rahmung dürfte auf die repräsentative Funktion des Bandes hinweisen. Die Grußworte stammen von Erika Steinbach, Beatrix von Storch, Joachim Kuhs und Andreas Kalbitz. Von den neun inhaltlichen Beiträgen wurden drei von Nicht-AfD-Mitgliedern verfasst, wobei die Texte des rechten US-amerikanischen Publizisten Daniel Pipes und der in Berlin lebenden, aus den USA stammenden Siedler-Aktivistin und Journalistin Orit Arfa Zweitveröffentlichungen sind, während der israelische Siedleraktivist Boaz Haetzni für das Buch einen Originalbeitrag verfasst hat. Die Publikation wurde mehrmals auf Veranstaltungen präsentiert, etwa durch Kosova und Abramovych im Oktober 2019 am Stand der „Jungen Freiheit“ auf der Frankfurter Buchmesse sowie durch Abramovych im Dezember 2019 bei einer AfD-Veranstaltung in Lübbecke (Nordrhein-Westfalen) und Ende Januar 2020 im AfD-Kreisverband Donau-Ries.

Im August 2019 reiste der frisch ins Europäische Parlament gewählte Joachim Kuhs nach Israel und wurde dabei, so wird von AfD-nahen Medienprojekten berichtet, von einer „JAfD-Delegation“ begleitet. Beteiligt waren unter anderem Abramovych und Schulz. Die AfD-Gruppe reiste

schwerpunktmäßig ins Westjordanland und traf sich mit Vertreter*innen des rechten Rands der israelischen Siedlerbewegung wie der Gruppe „Regavim“ (McMahon 2019; JAfD 2019; Schulz 2019).

POSITIONEN DER JAFD

a) Positionen zum Judentum

Die Heterogenität der Mitgliedschaft in der JAfD bringt es mit sich, dass nicht nur die Vorstellungen von Judentum und jüdischem Leben unterschiedlich sind, sondern auch die Verankerung und Verwurzelung der einzelnen Protagonist*innen darin. Manche Stellungnahmen lassen auf geringe Sachkenntnisse und große Unsicherheiten schließen. Bei einem besseren Kenner des deutschen Judentums, wie Wolfgang Fuhl, kann unterstellt werden, dass zumindest einige irrige und irreführende Aussagen absichtsvoll mit Blick auf ein Publikum ohne genauere Kenntnis getätigt werden.

Denn das Publikum der JAfD ist ganz überwiegend nicht-jüdisch. Es sind bislang fast keine Versuche der JAfD oder ihrer Mitglieder bekannt geworden, innerhalb jüdischer Communitys oder Netzwerke nachhaltig und ernsthaft für sich und die Anliegen der AfD zu werben. Schon der Verlag, in dem das JAfD-Büchlein erscheint, bedient kein jüdisches Publikum; im Programm sind viele katholisch-traditionelle Titel und vereinzelt auch solche zu finden, die rechtsextreme Positionierungen vermuten lassen (Gerhard Hess Verlag o.J.). Öffentliche Stellungnahmen der JAfD richten sich zumeist an eine breite Öffentlichkeit, um den nicht-extremistischen Charakter der AfD plakativ zu behaupten. Veranstaltungen mit JAfD-Vertreter*innen bedienen fast ausschließlich ein AfD-nahes Publikum. Dieses Publikum wird indes nicht für jüdische Anliegen sensibilisiert und im Zweifelsfall mit jüdischen Interessen konfrontiert. Funktional dienen die Darstellungen des modernen deutschen Judentums eher als Verstärker antisemitischer Vorurteile und

Klischees. Gleichzeitig verbreiten die JAfD in ihren Reden, Texten und Auftritten in den neuen sozialen Medien rassistische, islamfeindliche und auch rechtsextreme Motive; diese werden dann als im Judentum weithin geteilte Positionen präsentiert, öffentlich wahrgenommen und damit „sagbar“ gemacht.

Zu zwei zentralen Aspekten von politischer Brisanz haben die JAfD durch Positionspapiere frühzeitig Stellung bezogen: Zur rituellen Beschneidung (Brit Mila) (Kosova et al. 2019, Positionspapier zum Thema Beschneidung, 149-152) und zum koscheren Schlachten (Schechita) (Kosova et al. 2019, Positionspapier zum Thema Schächten, 152-154). Diese Positionspapiere halten sich relativ eng an Positionierungen, die auch ansonsten im deutschen Judentum zu finden sind. Sie beziehen sich nur auf die jüdischen rituellen Praktiken und blenden die muslimischen bewusst aus, ohne darüber ein Urteil abzugeben. Bezüglich der Beschneidung kommen die JAfD zu dem Ergebnis, dass ein Verbot jüdisches Leben in Deutschland „stark beeinträchtigen“ würde (Kosova et al. 2019, 152), und lehnen es daher entschieden ab. Zum Schächtverbot, das die AfD in ihrem Grundsatzzprogramm fordert (Alternative für Deutschland 2016, 172), fällt die Positionierung uneindeutiger aus. Die JAfD halten Schächten zwar für unbedenklich, aber ein Schächtverbot für akzeptabel, wenn es durch eine Volksentscheidung zustande komme (vgl. Fuhl 2019, 54:30; JAfD 2018, 8:15). Während das AfD-Grundsatzzprogramm es offen lässt, ob die Formulierung, betäubungsloses Schlachten müsse „ohne Ausnahme verboten“ sein, auch den Handel mit koscherem Fleisch betrifft, und beispielsweise das brandenburgische Landtagswahlprogramm auch ein Importverbot für geschächtetes Fleisch fordert (AfD Brandenburg 2019), lehnen die JAfD ein solches Verbot ab. Am 3. Dezember 2018 erklärten die JAfD auf ihrer Facebook-Seite, sie diskutierten die Fragen der Beschneidung und des Schächtens „heftig“ und unterlägen „gewissen, nicht abzuleugnenden Zielkonflikten. Was ist unaufhebbar für uns als Juden? Was ist richtig für Deutschland? Was ist günstig für die AfD? Was ist günstig oder naheliegend für uns?“ Am 26. November 2018 habe auf Einladung des kirchenpolitischen Sprechers der AfD-Fraktion im Bundestag, Volker Münz, eine „interreligiöse Besprechung“ stattgefunden, an der für die JAfD Emanuel Bernhard Krauskopf teilgenommen habe. Die Diskussion sei „intensiv und teilweise kontrovers“, aber in einer „sehr freundschaftlichen Atmosphäre“ abgelaufen. Um die „künftige Stoßrichtung der AfD“ in diesen Fragen festzulegen, habe die JAfD „ihre Positionen eingebracht“, auch wenn die Gesamtpartei ihnen „nicht in allen Punkten folgen können“ (JAfD 2018a).¹⁷

Zu den schwierigen Problemen der Interpretation des Judentums gehört die Frage nach seinem Charakter: Ist es

in erster Linie eine religiöse Gemeinschaft, eine kulturelle oder eine nationale – das Wort „Am Israel“ aus dem biblischen Hebräisch lässt sich tatsächlich am besten mit „Volk“ übertragen –, und wie verhält es sich zum Staatsvolk des modernen Israel? Die JAfD bezeichnen das Judentum in ihrer Grundsatzerklärung als „Bundvolk“ (Hans Joachim Schoeps), das sich nie im Religiösen erschöpfte, sondern immer zugleich eine Volksgemeinschaft war“ (Kosova et al. 2019, 145; vgl. auch Kosova/Abramovych 2019, 32:00). Das Spannungsverhältnis zwischen dem gleichzeitigen Bekenntnis zu Deutschtum, Judentum und Zionismus kann Artur Abramovych nicht ausräumen. Seine Überlegungen zur historischen Entwicklung von Assimilation und Zionismus im deutschen Judentum – mit der Sonderrolle des antizionistischen Schoeps'schen „Partikularismus“ (Abramovych 2019, 131) – lässt er letztlich unbeantwortet im Raum stehen. Abramovych, der „Zugehörigkeit“ als das bezeichnet, was ihm im Leben wichtig ist (Abramovych 2020a), harmonisiert den Grundwiderspruch, mit dem sein Verein konfrontiert ist, durch eine Gegner*innenmarkierung. In einer aufschlussreichen Passage schildert Abramovych, wie er, als Nachkomme eines während der Schoa ermordeten Juden, Opfer physischer Gewalt von „türkischen und arabischen Jugendlichen“ wurde. Der „hauptsächliche Leidtragende“ sei dabei der „Urenkel des ersten nationalsozialistischen Emmendinger Kreisleiters“ gewesen: „[...] und dass wir uns beide unter den Tritten und Schlägen der enrasierten Fremden bückten, scheint mir rückblickend das heutige Verhältnis zwischen Deutschen und deutschen Juden zu versinnbildlichen, als eine deutsch-jüdische Symbiose der anderen Art“ (Abramovych 2019, 127f).

Dieses Ausweichen auf Gegner*innen ist typisch. In einem anonymisierten Interview zu ihrer Potsdamer politikwissenschaftlichen Masterarbeit versucht Maha Azhari über Minuten hinweg, von ihrem Gesprächspartner, einem männlichen JAfD-Vollmitglied, zu erfahren, was er unter „christlich-jüdischen Werten“ verstehe. In langen Antworten kommt er immer wieder auf die Abgrenzung zum Islam zu sprechen, bis Azhari nochmals bittet, sich „nur zu den christlich-jüdischen Werten“ zu äußern, „nicht im Gegensatz“ zum Islam. Nachdem der Gesprächspartner darauf beharrt, gibt Azhari auf. Sie kommt zu dem Fazit, dass das „jüdische Engagement der JAfD in der gemeinsamen Islamfeindlichkeit“ begründet sei (Azhari 2019, 58).

Der stellvertretende JAfD-Vorsitzende Wolfgang Fuhl harmonisiert dasselbe Problem ebenfalls durch Gegner*innenmarkierung, aber auf etwas andere Weise: „Deutsche Jüd*innen verstehen sich als Volk und verstehen sich als zugehörig zum deutschen Volk. Mir ist bewusst, dass alleine schon diese Definition rechten deutschen Antisemiten nervöse Reflexe bereiten wird.“ Für die Juden in Deutschland beansprucht Fuhl das „Recht der Selbstbestimmung der Völker“, parallel zu den anerkannten sorbischen, dänischen und friesischen Minderheiten sowie der Minderheit der Sinti und Roma. Das ist eine eher unübliche For-

¹⁷ Angaben zu weiteren Gesprächsteilnehmer*innen machen die JAfD nicht.

derung und sofern man das Selbstbestimmungsrecht des jüdischen Volkes im Staat Israel verwirklicht sieht, auch eine unsinnige. Bei dieser Thematisierung jüdischer Identität geht es indes wiederum um die Gegner*innenmarkierung, ebenfalls gegen die in Deutschland lebenden Türk*innen: Sich zu „zwei Ethnien zugehörig zu fühlen“ sei „konfliktfrei möglich, sofern es keinen territorialen Konflikt“ gebe, sich daraus kein „Sonderstatus für eine Gruppe“ ableite und die Gruppen der „gleichen Leitkultur“ entstammten (Fuhl 2019, 27:50).

Eine ähnliche Stoßrichtung lässt sich auch vermuten, wenn Fuhl auf die „Dina de-Malchuta Dina“-Regel zu sprechen kommt (Fuhl 2018, 32), der zufolge das Recht des Landes für Jüd*innen Geltung hat. Dieses Prinzip des rabbinischen Judentums ist darauf gerichtet, Konflikte zwischen dem religiösen Recht der „Halacha“ und dem weltlichen Recht so zu beheben, dass ein gesetzeskonformer Zustand entsteht, wobei das Landesrecht im Zweifelsfall selbst halachische Regeln brechen kann. Bei Fuhl gerät es zu einer argumentativen Waffe gegen „Zuwanderer“, namentlich Muslim*innen, die er mit dem pauschalen Verdacht belastet, sich nicht an geltendes Recht gebunden zu fühlen. Die Anforderungen an die Zuwander*innen werden dabei so formuliert, dass es ihnen unmöglich wird, den Gegenbeweis zu erbringen. Muslim*innen müssten „unsere Kultur nicht nur akzeptieren, es ist eine Frage des inneren Willens. Ja, ich will die deutsche Lebensart, ja, ich will gleichberechtigte Frauen, ja, ich will keine Scharia, ja, ich will Demokratie, ja, ich will die Trennung zwischen Religion und Staat, und ja, ich bin bereit, für Deutschland zu kämpfen und zu sterben. Es muss die innere Liebe zu Deutschland sein [...]“ (Fuhl 2019, 47:00).

Während indes solche Fragen nationaler Zugehörigkeit für den größeren Teil des Judentums heute von geringer Brisanz sind, da sie sich über die Akzeptanz „hybrider“ Identitäten und ein pluralistisches Gesellschaftsverständnis leicht integrieren lassen, bleiben sie für die radikalnationalistische AfD/JAfD weitaus drängender, werden aber überall offengelassen und nirgends einer Lösung zugeführt – auch da, wo Konfliktpotential unübersehbar ist. Beispielsweise bleibt zu fragen, ob sich die programmatische Ablehnung des „Doppelpasses“ durch die AfD auch auf israelische Staatsangehörige bezieht, oder ob und unter welchen Umständen die JAfD hier „wohlbegründete Sonderfälle“ geltend machen würden, die das Grundsatzprogramm einschränkend konzediert (Alternative für Deutschland 2016, 65).

Aussagen zu religiösen oder ethischen Fragen tätigen die JAfD so, dass der Eindruck besonderer Affinitäten zur Agenda der AfD entstehen soll. Dies geschieht in der Regel in der Weise pauschaler Zuschreibungen an das Judentum, die sich einer empirischen Überprüfung auch dadurch entziehen, dass sie im Modus der „Eigentlichkeit“ formuliert sind. Wie die AfD ein „wahres“ oder „eigentliches“ Volk voraussetzt, unterstellen die JAfD ein „wahres“ oder „eigentliches“ Judentum. Die Grundsatzerklärung formuliert

unter der Überschrift „Die ethischen Grundlagen des Judentums“ nur drei vage Charakteristika: Typisch sei erstens die „Pflege der eigenen Tradition, Geschichte und Herkunft“ (Kosova et al. 2019, 145) und zweitens die „Achtung vor der Autorität des eigenen Meisters (Rabbi) [...], der dem Nachwuchs Selbstkontrolle beibringt“ – in Ablehnung eines Zustands, in dem „jegliche Autorität als faschistoid denunziert“ werde (Kosova et al. 2019, 146). Drittens wird dem Judentum ein traditioneller Geschlechter- und Familienbegriff zugeschrieben, so dass „ein religiöser oder auch nur nach den ethischen Grundsätzen seiner Religion lebender Jude ebenso wenig wie ein religiöser Christ“ dazu imstande sei, der „sukzessive durch Gender-Mainstreaming und Frühsexualisierung betriebenen Zerstörung der traditionellen, monogamen Familie gelassen zuzusehen“ (Kosova et al. 2019, 146). Der mutmaßliche Freikirchen-Vertreter und Christus-Bekenner Dimitri Schulz äußert sich dazu in einem eigenwilligen Namensbeitrag im JAfD-Büchlein. Bezeichnend für Schulz' Position und Standpunkt ist der folgende Satz: „Aufgabe der Kirche sollte es sein, das Evangelium zu verkündigen, sich für Ehe und Familie einzusetzen.“ (Schulz 2019a, 101).

b) Positionen zur jüdischen Gemeinschaft in Deutschland

Ähnlich, wie es Rechtspopulist*innen in anderen Feldern auch tun, versuchen die JAfD die Jüd*innen in Deutschland in Gegensatz zu ihren gewählten Repräsentant*innen zu setzen. Zwischen der Basis und den „Funktionären“ existiere eine „riesen Kluft“, erklärt Kosova, denn diese seien „politisch noch so mächtig“, dass viele Angst hätten, „existenzielle Ängste, Abhängigkeiten bestehen weiterhin“ (Kosova/Abramovych 2019, 40:00). Charlotte Knobloch, die frühere Präsidentin des Zentralrats der Juden und Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München habe, so die JAfD in einer Stellungnahme „mit dem Judentum in Deutschland nichts“ gemein (Juden in der AfD 2019). Stets geht es den JAfD in erster Linie um eine Delegitimierung des Zentralrats der Juden, der eines der wichtigsten Feindbilder für die JAfD darstellt. Der Begriff „Feindbild“ ist hier tatsächlich angezeigt, denn die AfD-kritischen Kräfte im Judentum werden als Feinde betrachtet und als „Feindzeugen“ bezeichnet (Kosova et al. 2019, 27). Neben der üblichen populistischen Stoßrichtung gegen Institutionen und Repräsentativkörperschaften wird dem Zentralrat vor allem eine finanzielle Abhängigkeit von der Bundesregierung zugeschrieben. Fuhl behauptet, die „Gleichschaltung des Zentralrats und der von ihm finanziell abhängigen jüdischen Institutionen an die illegale Politik Merkels“ breite sich seit 2015 „wie ein Hautkrebs“ aus; er übe sich darin, ein „politisch liebes Kind zu sein, um die Liebe der Medien und die finanziellen Zuwendungen des Staates zu erhalten“ (Fuhl 2019a, 77). Für Ollie Weksler ist der „schrangenhafte Zentralrat der Hofjuden“ das „bürokratische Anhängsel von Politfunktionären“, eine „von kaum einem Juden gewählte, an den Zitzen der Macht hängende, teils durch und durch

senile, teils extrem islamophile Truppe“ (Weksler 2019, 48). Derartige Formulierungen bewegen sich in gefährlicher Nähe zu antisemitischen Bildern.

Ein besonderer Stein des Anstoßes ist für Fuhl und die JAfD die ablehnende Erklärung jüdischer Organisationen im Vorfeld der Vereinsgründung. Keineswegs bloß der Zentralrat, sondern insgesamt 42 Körperschaften, Verbände und Vereine schlossen sich der Erklärung an und sahen „keine Alternative für Juden“: Nahezu sämtliche nennenswerten Akteur*innen in der gesamten Breite des deutschen Judentums, von den (im religiösen Verständnis) egalitären und progressiven Gruppen über die traditionellen und konservativen bis zur Orthodoxie (mit Ausnahme der chassidischen Chabad), insbesondere auch einschließlich der wichtigsten zionistischen und Pro-Israel-Gruppierungen (Gemeinsame Erklärung gegen die AfD 2018, 2f). Ungeachtet dessen rät Fuhl, „den spalterischen Aufruf [...] genauestens anzusehen und die üblichen Spenden nur noch jüdischen Organisationen zukommen zu lassen, die nicht auf dieser Liste stehen“ (Juden in der AfD 2019).¹⁸

Die Kampagne der JAfD gegen den Zentralrat knüpft sicherlich an verbreiteten Unmut an, den ein derartiger Dachverband innerhalb seiner Mitgliedschaft auf sich ziehen mag. Entgegen weit verbreiteten Vorstellungen in der deutschen Bevölkerung ist der Zentralrat weder eine machtvolle noch allzu einflussreiche Organisation. Er bündelt mit Blick auf seine historische Rolle und entsprechend seinem pluralistischen Selbstverständnis zentrale Aufgaben des Judentums von nationaler Bedeutung, besonders in Fragen der Jugend, Bildung und des Sozialwesens, und kann jüdische Anliegen gegenüber der Politik artikulieren. Außerdem stellt er die Infrastruktur für die beiden Rabbinerkonferenzen – die Allgemeine Rabbinerkonferenz und die Orthodoxe Rabbinerkonferenz. Jüdisches Leben findet aber weitgehend in den einzelnen Gemeinden, Landesverbänden und jüdischen Vereinigungen statt, die der Zentralrat weder kontrolliert noch lenkt. Die dem Zentralrat zugehörigen Gemeinden umfassen mit knapp 100.000 Mitgliedern immer noch den bedeutendsten Teil des als Religionsgemeinschaft organisierten Judentums aller Strömungen. Außerhalb des Zentralrats spielen zahlenmäßig vor allem die Gemeinden der Union Progressiver Juden in Deutschland – bei deren rund 5.000 Mitgliedern wenig Sympathien für die AfD unterstellt werden dürfen – eine Rolle (vgl. ZWST 2019; Della Pergola 2018 zitiert nach JPR; REMID 2014).¹⁹ Die chassidische

Sondergruppe Chabad Lubawitsch versteht sich explizit nicht als Konkurrenz.

Die Konzentration der Feindbestimmung durch die JAfD auf den Zentralrat ist sehr zweckmäßig. Da sich diese Agitation vor allem an ein nicht-jüdisches Publikum richtet, kann sie an antisemitische Vorurteile anknüpfen, ebenso wie an den in Teilen der deutschen Öffentlichkeit verbreiteten Widerwillen, der durch die bloße Erwähnung des Zentralrats ausgelöst wird. In Wortbeiträgen von JAfD-Mitgliedern vor AfD-Foren greifen Abramovych, Fuhl, Kosova und andere häufig nach wenigen Minuten den Zentralrat an und gewinnen damit rasch Anschluss an antisemitische Bilder bei ihrem nicht-jüdischen Publikum.

Der Versuch, im Sinne der AfD-Agenda die im Judentum in Deutschland vorherrschenden Positionen zu delegitimieren und mit dem Verweis auf vermeintlich authentische jüdische Stimmen (Fuhl 2019a, 83) zu entwerten, bedient sich der Verein noch eines weiteren Instruments. Wiederholt wird der Eindruck erweckt, im „offiziellen“ deutschen Judentum würde das „Reformjudentum“ den Ton angeben und damit die Wünsche und Vorstellungen an der Basis verfälschen. Diese Annahme ist ebenso unzutreffend, wie die Zuschreibungen, die das Progressive Judentum durch die JAfD-Redner*innen erfährt. Für das an dieser Stelle in erster Linie adressierte evangelikal-freikirchliche, traditionalistische oder sogar christlich-fundamentalistische Publikum dürfte es einsichtig klingen, wenn Fuhl die Entwicklung des Zentralrats mit derjenigen der „Staatskirchen“ parallelisiert, deren Verhalten zu einer „Abwendung der gläubigen Christen“ geführt habe, welche keine „Abkehr vom Christentum“, sondern von der „staatlich beeinflussten Organisation ‚Kirche‘“ bedeute (Fuhl 2019a, 77). Abramovych parallelisiert seine Ablehnung des Reformjudentums ebenfalls mit Tendenzen, die er den großen Kirchen zuschreibt, um dann zu schildern, dass er das „wirkliche Christentum“ bei der „Pius-Bruderschaft erlebe“ (Kosova/Abramovych 2019, 34:35). Der Wortlaut legt nahe, dass er eigene Erfahrungen hat mit dieser katholisch-traditionalistischen, antisemitischen und durch Leugnung der Schoa aufgefallenen Gruppe, die vom Staat Israel und der weltweiten jüdischen Gemeinschaft in ihrer Gegnerschaft gegen das Judentum klar erkannt worden ist.

Wenn die JAfD mit dem Begriff „konservativ“ operieren, meinen sie damit nicht die entsprechende Richtung des Judentums („Masorti“), ebenso wenig das „traditionelle Judentum“, wie es der „Bund traditioneller Juden in Deutschland“ (btjd) vertritt. Jenseits der pauschalen Ablehnung des Progressiven oder Reform-Judentums bleibt eine Festlegung auf eine bestimmte Richtung aus. Wenn Abramovych von „klassischen“ Jüd*innen spricht, bezieht sich dies auf die Orthodoxie. Nach seiner Selbstauskunft sei er Mitglied bei der chassidischen Chabad-Gemeinde in Freiburg. Wie Krauskopf seinem Publikum im Bürgerbüro des rechtsextremen Berliner AfD-Abgeordneten Andreas Wild erklärt, besuche auch er Chabad-G'ttesdienste. Dem

¹⁸ Fuhl regt also an, im Interesse der AfD den bedeutendsten Fundraisern für Israel die Gelder zu entziehen, darunter der Keren Hayesod, der Keren Kayemeth Lelsrael (KKL), die Womens International Zionist Organization (WIZO), die Zionistische Organisation in Deutschland und die Zionistische Jugend in Deutschland (ZJD).

¹⁹ Wichtige Hinweise zum jüdischen Leben in Deutschland finden sich bei Ben-Rafael/Sternberg/Glückner 2010.

Begründer des Berliner Chabad-Zentrums, Yehuda Teichtal, zugleich als Rabbiner bei der Jüdischen Gemeinde zu Berlin angestellt, ist Krauskopf nach dessen eigener Auskunft als individueller Beter willkommen, eine Vereinnahmung für die AfD dulde er aber nicht (Krauskopf 2019, 1:43:00).

Während Krauskopf beim selben Anlass einem großen Teil der Kontingentflüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion unterstellt, ihre jüdische Identität gefälscht zu haben, berufen sich andere JAfD-Mitglieder gerade auf sowjetische Erfahrungshintergründe (Kosova et al. 2019, 19f) und identifizieren ihre AfD-Parteinahme mit der gesamten Gemeinschaft der sowjetstämmigen Jüd*innen: „Seit der illegalen Grenzöffnung“ von 2015, so behauptet Ollie Weksler, „sitzen meine gesamte Großfamilie, viele meiner jüdischen Verwandten und Bekannten fast buchstäblich auf gepackten Koffern. Bis dahin wählen sie aber alle nur die AfD“ (Weksler 2019, 50).

c) Positionen zu Israel

Plakativ bekennen sich die JAfD zu Israel. Die Mutterpartei hat sich in einer Reihe von politischen Fragen, zum Beispiel bei Abstimmungen im Deutschen Bundestag, Positionen und Forderungen zu eigen gemacht, die als pro-israelisch vermarktet werden können. Die JAfD bewegen sich dabei im Wesentlichen auf dem Boden dieser Israel-Politik der Mutterpartei (Steinitz/Poensgen 2018). Den „Altparteien“ werfen sie vor, auch mit Blick auf den Nahostkonflikt antisemitisch zu agieren.

Eine enge soziale und kulturelle Anbindung an Israel geben die JAfD-Mitglieder allerdings nur vereinzelt zu erkennen. Selten finden sich Schilderungen persönlicher Eindrücke und Erfahrungen mit diesem Land. Von den bekannten Mitgliedern erwähnt beispielsweise niemand eine Dienstzeit in der israelischen Armee, und nur Krauskopf gibt an, einmal in Israel gelebt zu haben und Hebräisch zu beherrschen. Abramovych zeichnet ein projektives Zerrbild des jüdischen Staates, das einem differenzierteren Verständnis der israelischen Wirklichkeit entgegenwirkt. Er erweckt den Eindruck, in Israel sei heute begrüßenswerter Weise eine militarisierte, männlich-heroische, kulturell weit nach rechts gerückte, unduldsame, ethnisch geschlossene und durch traditionelle religiöse Institutionen formierte Gesellschaft anzutreffen. Diese neurechten Idealvorstellungen, die auch Leitbildern der AfD entsprechen, will Abramovych, wenn er sie auf Israel projiziert, vor allem in Deutschland durchgesetzt wissen (vgl. Abramovych 2019a).

Das offizielle Israel hat bisher keinen Kontakt zur AfD gewünscht. Dimitri Schulz' Teilnahme an einer Delegation mit der parteilosen hessischen Digitalministerin Kristina Sinemus führte im Juni 2019 sogar dazu, dass die israelische Regierung ein bereits vereinbartes offizielles Treffen im Wirtschaftsministerium absagte (Hassenkamp 2019). Auch die Reisegruppe um die beiden Parlamentarier Schulz und Kuhs, die im August 2019 Israel besuchte, berichtet von keinerlei offiziellen Treffen und Terminen mit Vertreter*innen



Bericht von „PI-News“. Screenshot: pi-news.net.

des politischen Israel. Die ablehnende Haltung des israelischen Botschafters in Deutschland, Jeremy Issacharoff, gegenüber der AfD wird von Krauskopf so gedeutet, als würde er damit Anweisungen von oben folgen müssen (Krauskopf 2019, 1:36:20), während Abramovych umgekehrt den Eindruck erweckt, Issacharoff vertrete nicht die Position der Regierung und könne nicht für sein Land sprechen (Abramovych 2020, 40:00). Hier geht ein JAfD-Sprecher also so weit, im Interesse der AfD den diplomatischen Vertreter des Staates Israel in Deutschland zu delegitimieren.

d) Position zur AfD

Vera Kosova verteidigt ihre Partei gegen Kritik von außen: „Die AfD als Partei insgesamt distanziert sich von jeder Art von Rassismus und Antisemitismus [...], ob [...] rassistisch, ideologisch oder politisch motiviert [...] – und das wird auch so bleiben.“ (JAfD 2018, 5:14)²⁰ Eine Auseinandersetzung mit Antisemitismus in den Reihen der AfD ist also offenkundig nicht der Zweck der JAfD, da dies aus JAfD-Sicht nicht nötig sei. Die AfD ist laut Grundsatzerklärung sogar die „einzige Partei der Bundesrepublik [...], welche die Unvereinbarkeit islamischer Dogmata mit dem Grundgesetz“ und „muslimischen Juden Hass“ thematisiere (Kosova et al. 2019, 142). Übereinstimmend damit bezeichnet Wolfgang Fuhl die AfD angesichts der „Islamisierung“ Deutschlands als die „letzten wirklichen Verbündeten, die die Juden in Deutschland noch haben.“ (Fuhl 2019a, 85). Die Grundposition, die die JAfD vertreten, lässt sich so zusammenfassen: Weil die AfD gegen „Islamisierung“ und zudem pro-israelisch positioniert sei, laufe jede Kritik an der AfD jüdischen Interessen zuwider. „Die AfD [tut] mehr für das deutsche Judentum als Sie“, warf beispielsweise Kosova dem Prä-

²⁰ Der empirische Befund sieht anders aus, vgl. Botsch/Kopke 2015; Salzborn 2019.

sidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, vor (JAfD 2019d).

Auch im Zuge konkreter Ereignisse legitimiert die JAfD das Verhalten ihrer Parteifreunde. Im Januar 2019 sorgte etwa die AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag für einen Eklat, als ein Großteil ihrer Mitglieder den Plenarsaal während der Rede der Schoa-Überlebenden Charlotte Knobloch in der zentralen Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus als Reaktion auf Kritik an der AfD demonstrativ verließ. Für derartige parlamentarische Provokationen bei NS-Gedenkveranstaltungen war in der jüngeren Vergangenheit lediglich die NPD bekannt. Die JAfD stellten sich in einer Erklärung vehement an die Seite der bayerischen AfD-Fraktion: „Jedes einzelne Mitglied der JAfD hätte den Plenarsaal ebenfalls verlassen!“ Gastrednerin Knobloch trampele „auf den unzähligen Gräbern der toten Juden im Namen der heutigen Mainstream Agenda“ herum (PI News 2019a; JAfD 2019a).

Entsprechend der Annahme, dass es in der AfD keinen nennenswerten Antisemitismus gebe, sehen die JAfD es nicht als ihre Aufgabe, öffentlich zu rechtsextremen und antisemitischen Vorfällen und Personalien in der AfD Stellung zu nehmen. Zu den journalistischen Recherchen über die Biografie des Brandenburger Landesvorsitzenden Andreas Kalbitz und über seine Kontakte ins Neonazi-Milieu sind ebenso wenig Stellungnahmen zu finden, wie zu den zahlreichen rechtsextremen Äußerungen des Thüringer Landesvorsitzenden Björn Höcke.²¹ Und obgleich Kosova dessen innerparteiliches Verhalten im März 2020 auf der Facebook-Seite der JAfD scharf kritisierte, nahm sie ihn explizit gegen den Vorwurf einer Nähe zum Nationalsozialismus in Schutz: Seine Wendung, Gegner*innen in der AfD gehörten „ausgeschwitzt“, mit dem NS-Vernichtungslager Auschwitz in Beziehung zu setzen, sei etwas „weit Hergeholtes“, das Wort vielmehr „ein völlig gängiger Ausdruck [...], der in keinem Wörterbuch fehlt“, während nur bei Höcke „sofort ein Konzentrationslager herbeiassoziiert“ werde (JAfD 2019b).

Jenseits ihrer Stellungnahmen zu Beschneidung und Schächten werden programmatische Forderungen aus der AfD zur Religions- und Weltanschauungsfreiheit oder zu Minderheitenrechten, die der Entfaltung jüdischen Lebens zuwiderlaufen, von den JAfD weithin ignoriert. Im brandenburgischen Kommunalwahlkampf erhob eine AfD-Gliederung auf Kreisebene beispielsweise die programmatische Forderung, nichtchristliche Gebetshäuser nicht mehr öffentlich zu fördern und ihren Neubau unter den Vorbehalt von Volksabstimmungen zu stellen (AfD Ostprignitz-Ruppin 2019). Diese verfassungswidrige, diskriminierende Einschränkung der Religionsfreiheit würde auch jüdisches Leben beeinträchtigen.

Wenngleich die um ein moderates Erscheinungsbild bemühte „Alternative Mitte“ die Gründung der JAfD begrüßte, da sie verdeutliche, dass „in der AfD kein Platz für Antisemitismus“²² sei, ist die Gruppe innerhalb der Partei an der Bundesspitze sowie dem christlich-rechten als auch den rechtsextremen Parteiströmungen verortet. Eine JAfD-kritische Stellungnahme stammt vom baden-württembergischen Landtagsabgeordneten Wolfgang Gedeon, der die Schaffung der Gruppe als Ausdruck „strategischer Fehler“ bezeichnete. Die JAfD sei entweder „überflüssig“ oder aber eine „zionistische Lobbyorganisation“ befand Gedeon, der im März 2020 aus der Partei ausgeschlossen wurde. (Gedeon 2018).

e) Positionen zum Antisemitismus in Geschichte und Gegenwart

Antisemitismus spielt in der JAfD in dreifacher Hinsicht eine Rolle. An erster Stelle wird er pauschal den „Feindgruppen“ zugewiesen: Das betrifft gleichermaßen Migrant*innen aus dem islamisch-arabischen Raum wie die politischen Gegner*innen aus der Linken, die Bundesregierung und die „Altparteien“. Zweitens wird Antisemitismus von rechts, in der deutschen Geschichte und Kultur sowie im Christentum fast ebenso pauschal relativiert, kleingeredet und geleugnet (vgl. auch Azhari 2019, 61). Drittens bedient die JAfD selbst antijüdische und antisemitische Bilder und Vorurteile, die sie teils bei ihrem nicht-jüdischen, rechtsstehenden Publikum unbewusst oder ungewollt mobilisieren, teils als nicht antisemitisch ausgeben und damit sagbar machen. Abramovych nennt beispielsweise wiederholt den Mäzen George Soros, der nicht nur im deutschen, sondern auch im internationalen Rechtsextremismus zu einem zentralen Strippenzieher zahlreicher negativer Tendenzen der Gegenwart stilisiert wird. Diese antisemitischen Kampagnen kritisiert Abramovych mit keinem Wort, sondern verdreht die Ausgangslage, indem er behauptet, Soros werde „vonseiten der politischen Linken eingesetzt als Waffe gegen die politische Rechte, insofern als jegliche kritische Auseinandersetzung mit ihm gleich als Antisemitismus diffamiert wird und als sei [...] sein Engagement das jüdische par excellence [...] und jeder der dagegen ist, ist Antisemit“ (Kosova/Abramovych 2019, 31:00).

Die Diskreditierung der Bundesregierung, der offiziellen deutschen und europäischen Außenpolitik und der „Altparteien“ als antisemitisch verläuft auf zwei Argumentationssträngen: Einerseits wird ihnen vorgeworfen, eine heuchlerische und letztlich israelfeindliche politische Position zu vertreten; dies geschieht weithin ohne Differenzierungen (vgl. z.B. Krauskopf 2019a). Das Argument ist innerhalb des Judentums und unter nichtjüdischen Deutschen, die sich mit Israel solidarisch fühlen, durchaus anschlussfähig, da sich über die Jahrzehnte Unverständnis und Frustration mit

²¹ Grundlage für diese Aussage ist eine Suche auf der Seite j-afd.org und in den Posts der JAfD-Facebookseite (4.10.2018 bis 10.1.2019)

²² Uwe Witt, Sprecher der Alternativen Mitte in Breyton 2018.



Gleichsetzung von „Die Linke“ mit der NSDAP – von den JAFD verbreitete Internetgrafik. Screenshot: JAFD Facebook.

der deutschen und europäischen Nahost-Politik angesammelt haben. Dabei übernehmen die JAFD Kritikpunkte und Argumentationen aus israelfreundlichen Netzwerken, die keine Sympathien für die AfD hegen oder ihr ablehnend gegenüberstehen. Indes behaupten die JAFD geradezu ein Alleinstellungsmerkmal der AfD und verschweigen andere Akteur*innen bewusst. Daneben wird vor allem die politische Linke als weithin antisemitisch und antizionistisch dargestellt (Beresowski 2019).

Zweitens betonen die JAFD einen Zusammenhang zwischen Antisemitismus und Zuwanderung aus dem islamischen Kulturkreis, welchen sie als politische Agenda der Bundesregierung darstellen – stets mit dem Verweis auf eine angeblich illegale „Grenzöffnung“ durch Bundeskanzlerin Angela Merkel seit 2015. So behauptet Fuhl, „dieses Merkel-Regime öffnet die Grenzen und lässt hunderttausende Antisemiten rechtswidrig ins Land“ (Fuhl 2019, 52:50). Neben der Regierung trifft die Kritik jene als „links“ oder „rot-grün“ gebrandmarkte Haltungen, die Migrations- und Flüchtlingspolitik menschenrechtsorientiert ausgestalten wollen. Um das Bild vom antisemitischen Muslim zu stabilisieren, weisen JAFD-Vertreter*innen wie Kosova und Abramovych wiederholt auf Diskrepanzen zwischen der polizeilichen Kriminalstatistik und der empirisch ermittelten Wahrnehmung antisemitischer Vorfälle unter Juden hin (Kosova/Abramovych 2019, 27:20; Abramovych 2019b; Abramovych 2020, 1:00, 20:00, 26:00), die sie auf unzulässige und irreführende Weise interpretieren.²³ Fuhl unterstellt der offiziellen Statistik sogar, sie sei manipuliert (Fuhl 2019, 45:20). In keinem Kontext werden Rassismus und Menschenverachtung der JAFD-Protagonist*innen so deutlich und auch so zynisch geäußert – und in keinem können sie so sicher mit Applaus aus dem Publikum rechnen –, wie bei abwertenden Aussagen

über Zuwander*innen. Abramovych fragt: „Glauben diese linken Juden [...] an die bundesrepublikanische Kopfgeldnamens ,gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit‘? Können sie sich wirklich nicht vorstellen, dass es Unterschiede zwischen Menschengruppen und mithin auch Gründe dafür gibt, bestimmte Gruppen abzulehnen und andere nicht?“ (Abramovych 2019, 136). Fuhl bedient sich vornehmlich kulturellrelativistischer Motive. Er sei „nicht der Auffassung, wir sollten eine Kultur über eine andere stellen. Für die meisten Muslime ist ihre Kultur besser, und für uns Deutsche und Europäer ist unsere besser. Und dabei ist besser für mich keine vergleichende Platzierungswertung.“ Denn wer „gerne Homosexuelle an Baukränen hängen sehen will, der ist in unserem Kulturkreis einfach schlechter aufgehoben. Ein Umzug in ein islamisches Land wäre dringend geboten. Dort darf er sich beim Betrachten der im Wind baumelnden Homosexuellen wohlfühlen. Für mich persönlich wäre dies schlechter.“ (Fuhl 2019, 23:40). In diesem Rahmen wird auch Antisemitismus zu einem kulturalisierten Geburtsmakel: „Zwei bis drei Millionen illegaler Invasoren aus antisemitischen Kulturkreisen machen jüdisches Leben in Deutschland unmöglich“, schreibt Weksler (2019, 50), und Kosova behauptet, wer in der „islamischen Welt [...] aufgewachsen ist, hat den Judenhass mit der Muttermilch aufgesogen“ (Abramovych et al. 26:00). Nun lässt sich begründet darüber diskutieren, wie tief antisemitische oder zumindest antijüdische Weltbilder in unterschiedlichen Kulturen verankert sind. Das betrifft zweifellos auch den Islam. Als primärer und originärer „antisemitischer Kulturkreis“ müsste dann aber doch das „europäische Abendland“ und namentlich die christliche Kultur an erster Stelle diskutiert werden. Diese Zusammenhänge werden indes im Rahmen der JAFD bewusst und gezielt bagatellisiert, ausgeblendet oder sogar negiert.²⁴ Über den „kirchlichen Antisemitismus“ sagt Wolfgang Fuhl, er spiele heute – wie der rassistische Antisemitismus – „im Wesentlichen keine Rolle mehr“ (Fuhl 2019, 12:50).

Von besonderer Bedeutung ist für die AfD – angesichts der zunehmenden rechtsextremistischen Radikalisierung ihrer Mutterpartei, der sie sich bewusst nicht entgegenstellen – die Leugnung von rechtem Antisemitismus in Geschichte und Gegenwart. Die „von manchen Linken herbeifantasierten Neonazi-Horden“ sollen Kosova zufolge lediglich „den ‚Kampf gegen rechts‘ legitimieren“ (Kosova et al. 2019, 20). Seinen Versuch zur Bagatellisierung der rechtsextremen Tathintergründe des Anschlags in Halle auf der neurechten Online-Zeitung Blaue Narzisse radikalisiert Abramovych einige Monate später in einem Vortrag. Am Zuspruch für Verschwörungstheorien, wie sie der At-

²³ Vgl. den Beitrag von Dorina Feldmann in diesem Heft.

²⁴ Besonders auffallend sind die entsprechenden Ausführungen von Andreas Kalbitz und Nicolaus Fest, die während der JAFD-Veranstaltung im Potsdamer Landtag im Mai 2019 völlig unwidersprochen im Raum stehen blieben, vgl. dazu Botsch 2020.

tentäter geteilt habe, sei „eben nicht die politische Rechteschuld, sondern die politische Linke“ (Abramovych 2020, 32:25): In seinen Texten habe der Täter sich als Anhänger der Verschwörung vom „Zionist Occupied Government“ (ZOG) erwiesen, was Abramovych fälschlich als Ausdruck eines „linken“, israelbezogenen Verschwörungsdenkens interpretiert. Tatsächlich ist ZOG – eigentlich „Zionist Occupation Government“ – ein Code, der im rassenantisemitischen Neonazismus der USA geprägt wurde und bis heute nahezu ausschließlich in neonazistischen Kontexten verwendet wird.

Auch der nationalsozialistische Rassenantisemitismus selbst wird externalisiert. In ihrer Grundsatzerklärung distanzieren sich die JAfD gleich zu Beginn von den „seit den Siebzigerjahren sozialdemokratisch dominierten bzw. okkupierten Geschichtswissenschaften“ und ihrer „Interpretation des Nationalsozialismus als ‚rechts‘“ (Kosova et al. 2019, 141). Die JAfD knüpfen damit an eine in der AfD und ihrem Umfeld weit verbreitete Interpretation der Hitler-Bewegung als Spielart eines „linken“ Sozialismus und „Kollektivismus“ an. Eine Beziehung zwischen Nationalismus und Antisemitismus – insgesamt und im besonderen deutschen Fall – thematisieren die JAfD weder als problematisches Erbe ihrer radikalnationalistischen Bewegung, noch an anderer Stelle. Dagegen schließen sie sich nachdrücklich und wiederholt der programmatischen Forderung ihrer Mutterpartei nach einer Revision des deutschen Geschichtsbewusstseins im Sinne eines identifikationsstiftenden Nationalnarrativs der Deutschen an. Bereits in der Grundsatzerklärung kritisieren sie eine „auf Seiten der Linken exzessiv betriebene Vergangenheitsbewältigung“ und setzen sich für eine „Wiedererweckung dieses geschichtsvergessenen und seinen eigenen Traditionen entfremdeten Abendlands“ ein, in dem „Deutschland wieder eine selbstbewusste Nation werden möge“ (Kosova et al. 2019, 145ff). Vera Kosova meint sogar, es sei „nahezu un-

möglich, in Deutschland als Jude ein ganz normaler Mensch und Mitbürger zu sein, insbesondere aufgrund der exzessiv gelebten Erinnerungskultur, die unseren Alltag unverhältnismäßig dominiert“ (Kosova et al. 2019, 21).

Dem politischen Gegner wird allgemein eine Instrumentalisierung der Schoa unterstellt: „Inbrünstig gedenkt das offizielle Deutschland der toten Juden, doch wenig Interesse besteht an der Wahrnehmung der Belange und Sorgen der heutzutage hier lebenden“ (Kosova et al. 2019, 20), schreibt Kosova im Vorwort zum JAfD-Büchlein und wiederholt den Satz fast wortgleich im Gespräch mit Moritz Schwarz, geht aber noch einen entscheidenden Schritt weiter: Die „Zelebrierung der toten Juden“ diene dazu, der deutschen Gesellschaft „eine besondere Verantwortung in vielen Fragen“ zuzuschreiben, „also es ist ein Steuerungsmechanismus, Schuldkomplex“ (Kosova/Abramovych 2019, 38:00). Es ist bezeichnend, dass sie diese Bemerkung gerade am Stand der Jungen Freiheit auf der Frankfurter Buchmesse macht: Das Motiv des „Schuldskults“ steht quasi im Zentrum des „christlichen Antisemitismus in der Jungen Freiheit“ (Wamper 2008). Gerade JAfD-Vertreter*innen thematisieren die Schoa in aller Regel instrumentell, das heißt entweder als Vorwurf an den politischen Gegner einschließlich des Islam, oder um den „Nazi-Vorwurf“ gegenüber der AfD und ihren Anhänger*innen als Verharmlosung der Schoa zurückzuweisen (Fuhl 2019, 53:00). Dagegen haben die JAfD als Gruppe und ihre Protagonist*innen als Einzelne keinen erkennbaren Anteil an den erinnerungskulturellen Aktivitäten, die für das Judentum der Gegenwart nicht nur in Deutschland, sondern international von so großer Bedeutung sind.

4. EINORDNUNG UND FUNKTION

Angeichts der geringen Verankerung innerhalb jüdischer Communitys und der durchweg ablehnenden Haltung zumindest des verfassten und institutionalisierten Judentums in Deutschland kann angenommen werden, dass es den JAfD bislang nicht gelungen ist, innerhalb der eigenen Klientel werbend für die AfD, ihre Wertorientierungen, programmatischen Ziele und politischen Handlungen zu wirken. Innerhalb jüdischer Foren konnten die JAfD ihre Positionen und die ihrer Mutterpartei bislang nicht wahrnehmbar platzieren. Ein Mitgliederzuwachs der JAfD ist nicht zu verzeichnen; Jüd*innen bleiben innerhalb der AfD eine kleine und unterrepräsentierte Gruppe. Ob die Existenz der JAfD die Wahlneigung von Jüd*innen zu Gunsten der Mutterpartei erhöht hat, lässt sich nicht messen, darf aber als unwahrscheinlich gelten. Dagegen entsteht der Eindruck, dass die Gründung der JAfD innerhalb der jüdischen Communitys eher ein Bewusstsein gestärkt und stabilisiert hat, dem zufolge die AfD „keine Alternative für Juden“ ist. Die ungeschickte Platzierung eines AfD-Politikers, der sich zu Jesus Christus bekennt, als wichtigen Aktivisten der JAfD



Kosova und Abramovych am Stand der „Jungen Freiheit“ bei der Frankfurter Buchmesse 2019. Screenshot: Twitter Dieter Stein.

hat dem Verein innerhalb jüdischer Communitys den negativen Ruf verschafft, dass die jüdische Identität seiner Mitglieder mindestens fraglich sei. Dieser Ruf haftet den JAfD weiterhin an, und zwar unabhängig davon, ob er sich empirisch bestätigt oder nicht. Der Kommentar eines jüdischen Beobachters, die JAfD seien „der schlechteste jüdische Witz seit Langem“ (Lagodinsky 2018), hat den Medienhype rund um die Vereinsgründung frühzeitig umgelenkt; es scheint geradezu ein kommunikativer Bumerangeffekt eingetreten zu sein, der weit über die jüdischen Communitys hinauswirkt. Gleichzeitig hat es den Eindruck, als würden die JAfD an diesem Zustand gar nichts ändern wollen: Aktivitäten zur Verbreitung der Akzeptanz innerhalb der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland sind fast gar nicht festzustellen. Sie hat es auch nicht vermocht, den Spielraum der AfD so zu erweitern, dass die israelische Regierung der Partei ihre Anerkennung zukommen ließe. Die JAfD können mithin ihre Funktion, bezogen auf die Mutterpartei werbend zu wirken, mit Blick auf die Jüd*innen in Deutschland nicht erfüllen, möglicherweise hat diese Funktion für sie indes auch keine Bedeutung. Ob sie darüber hinaus werbend wirkt, lässt sich im Rahmen dieser Studie nicht ermitteln.

Die zweite Funktion, die einer jüdischen Interessengruppe bei einer politischen Partei zugeordnet werden kann, ist es, die Interessen der eigenen Religionsgemeinschaft oder Minderheit innerhalb der Partei zu vertreten und zu kommunizieren, im Konfliktfall Kritik an der Partei zu äußern und zur Stärkung der Gruppeninteressen in der Politik und Programmatik der Mutterpartei sowie in der übergeordneten Politik beizutragen. Die JAfD-Mitglieder selbst haben keine allzu einflussreichen Positionen in ihrer Mutterpartei, die Nähe zum Bundesvorstand und die hohe Aufmerksamkeit, die dieser der JAfD zuwendet, bilden aber an sich recht gute Voraussetzungen, um diese Funktion zu erfüllen. Gleichwohl haben die JAfD eigenständige Politikziele oder Maßnahmen in diesem Sinne bislang nicht entwickelt und in die Politik der AfD eingespeist. Das demonstrative „Pro-Israel“-Bekenntnis der AfD im Deutschen Bundestag lässt sich offenkundig nicht auf das Wirken der JAfD zurückführen. Bedarfe und Bedürfnisse der Jüd*innen in Deutschland artikulieren sie gegenüber der Mutterpartei in der Regel nicht. Sie haben allerdings Kernanliegen der Partei mit Blick auf Einwanderungspolitik, Ablehnung des Islam, Familienpolitik und Geschichtspolitik zu „jüdischen“ Positionen erklärt. In eine kritische Auseinandersetzung mit der Partei angesichts ihrer zunehmenden Durchsetzung mit rechtsextremistischen Personen und Positionen und mit dem Antisemitismus, der in der AfD ein Zuhause gefunden hat, sind die JAfD nicht eingetreten. Wo sie sich von antisemitisch ausdeutbaren Aussagen oder von entsprechenden Personen distanzieren, geschieht dies in aller Regel in Übereinstimmung mit den Sprachregelungen der Parteiführung. Eine Funktion als Interessenvertretung der Jüd*innen gegenüber der Mutterpartei realisieren die JAfD mithin ebenfalls nicht.

Es bleibt zu fragen, welche Funktionen die JAfD denn erfüllen. Hier zeigt sich deutlich: Die JAfD dienen in allererster Linie dem Parteivorstand bei seinem Bestreben, die AfD als nicht rechtsextrem und nicht antisemitisch darzustellen, ohne am politischen Kurs und der personellen Zusammensetzung der Partei substantiell etwas zu ändern. Der Wert der Gruppierung liegt eingestandenmaßen weder darin, größere Akzeptanz von Jüd*innen für die AfD, noch größere Akzeptanz für Jüd*innen und ihre Anliegen in der AfD zu gewinnen, sondern vielmehr – wie Parteivorstand Joachim Kuhs ganz offen formuliert – in einer anderen Funktion: dass „die Existenz – allein die Existenz! – der Juden in der AfD nach innen, also in die Partei hinein, gut und segensreich wirkt, aber auch nach außen hin immer wieder wie ein Stachel im Fleisch ist“, so dass Medien und politische Gegner*innen „merken, mit unseren platten Argumenten kommen wir eben nicht weiter“ (Abramovych et al., 33:00).

Die von Kuhs beschriebene Funktion „in die Partei hinein“ bezeichnet dabei einen interessanten Effekt: Wenngleich die JAfD keine bedeutende Erweiterung des Wirkungsradius der Partei über die bisherige Anhängerschaft hinaus erzielen, leisten sie durchaus einen kleinen Beitrag zur Selbstbestätigung der bereits gewonnenen Anhänger*innen in ihren Ansichten und damit zur Geschlossenheit und Stabilität der Parteibasis. Sie vermitteln nämlich den Eindruck einer „normalen“ Partei, die nicht von Ressentiments angetrieben ist, und erlauben doch gleichzeitig, diese Ressentiments ungehemmter zu artikulieren, indem sie als Positionen präsentiert werden, die von Jüd*innen geteilt würden. Hier ist eine weitere wesentliche Funktion der JAfD zu sehen: Beim Bemühen der AfD, rassistische, radikalnationalistische, antisemitische und islamfeindliche Positionen und Parolen wieder „sagbar“ zu machen, kommt den JAfD eine gewisse Rolle zu.

In enger Verbindung damit besteht eine wesentliche Funktion der JAfD darin, jüdische und israelische Kritiker*innen der AfD zu delegitimieren, indem ihnen abgesprochen wird, für das Judentum oder für Israel sprechen zu dürfen. Daher widmen die JAfD eine so große Energie der Delegitimierung des Zentralrats, dessen Kritik innerhalb der AfD-Klientel als nicht relevant und nur durch die Interessen der Bundesregierung begründet abgetan wird.

Zugleich fungieren die JAfD als Generator für antisemitische Stereotype und Klischees, die teils unbewusst, teils ungewollt und teils mit Berechnung für das nicht-jüdische Publikum der JAfD aufbereitet werden. Ein weiterer Effekt besteht in der Verharmlosung oder Leugnung der Existenz und Bedeutung eines rechten oder nationalistischen Antisemitismus. Hier agieren die JAfD sehr aktiv und engagiert und betreiben eine Politik, die den Interessen der jüdischen Communitys nach Schutz und Solidarität diametral gegenübersteht.

Gideon Botsch

VERLÄSSLICHE ZÄHLUNG?

DAS AUSMASS ANTISEMITISCHER STRAFTATEN UND IHRE POLIZEILICHE ERFASSUNG – EIN LAGEBILD FÜR DAS LAND BRANDENBURG

Seit 2001 werden in der Bundesrepublik antisemitische Straftaten und Straftaten mit antisemitischen Bezügen polizeilich durch das Definitionssystem des „Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen politisch motivierter Kriminalität“ (KPMD-PMK) statistisch erhoben und ausgewertet. Dieses PMK-Definitionssystem löste die Regelungen des „Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Staatsschutzsachen“ (KPMD-S) ab. Durch mehrere Überarbeitungen bestehen seit Jahresbeginn 2017 bundeseinheitliche Vorgaben, denen zufolge Straftaten der politisch motivierten Kriminalität unter anderem dann zugeordnet werden, wenn „in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen“ (BKA 2016, 5), dass sie den „demokratischen Willensbildungsprozess beeinflussen“, sich gegen die „freiheitlich demokratische Grundordnung“ richten (so genannte extremistische Bestrebungen) sowie sich gegen Personen richten wegen „ihrer/ihrer zugeschriebenen oder tatsächlichen politischen Haltung, Einstellung und/oder Engagements, Nationalität, ethnischen Zugehörigkeit, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, Weltanschauung, sozialen Status, physischen und/oder psychischen Behinderung oder Beeinträchtigung, sexuellen Orientierung und/oder sexuellen Identität oder äußeren Erscheinungsbildes“ (ebd.).

Politisch motivierte Straftaten werden nach polizeiinternen Erfordernissen und ohne wissenschaftlich-analytischen Anspruch Themenfeldern und Unterthemen zugeordnet und nach den staatsschutzrelevanten Phänomenbereichen erfasst: „rechts“, „links“, „ausländische Ideologie“ und „religiöse Ideologie“. Die beiden zuletzt genannten Bereiche existieren seit 2016, als sie an die Stelle der Kategorie „Ausländerkriminalität“ traten. Ferner gibt es eine Residualkategorie „nicht zuzuordnen“.

Antisemitische Straftaten werden überwiegend als extremistische Taten eingestuft und als Teilmenge des Themenfeldes „Hasskriminalität“ erfasst (BKA 2020). Bei Hasskriminalität handelt es sich um vorurteilsmotivierte Straf- und Gewalttaten, die sich gegen Personen oder Objekte richten, denen von den Täter*innen eines oder mehrere der oben genannten Merkmale zugeschrieben wurden. Es handelt sich um „Botschaftsverbrechen“, bei denen die Opfer als Repräsentant*innen abgewerteter Bevölkerungsgruppen angegriffen werden (Feldmann et al 2018, 24). Antisemitische Straftaten können aber auch dem Unterthemenfeld „Israel-Palästina-Konflikt“ des Themenfeldes „Krisenherde/Bürgerkriege“ zugeordnet werden (VDK/RIAS 2019, 41). Die Zuordnung von Straftaten zu mehreren Themenfeldern gleichzeitig ist möglich (BMI 2017, 32).

DEFIZITE POLIZEILICHER STATISTIKEN

Die PMK-Statistik ist eine so genannte Eingangsstatistik. Straftaten werden bereits bei einem Anfangsverdacht auf einen politischen Hintergrund an den KPMD-PMK gemeldet und nicht erst, wenn die Ermittlungen abgeschlossen werden (BKA 2016, 5; Feustel 2011, 145). Wenn im Laufe der Ermittlungen der Tathintergrund anders bewertet werden muss sowie bei neuen Erkenntnissen während des Gerichtsprozesses ist eine Korrektur möglich (Feldmann et al 2018, 23), findet aber selten statt (Habermann/Singelstein 2018, 23; VDK/RIAS 2019, 37). In der Praxis haben Polizeibeamt*innen die „Definitionsmacht“ (Habermann/Singelstein 2018, 27). Ob eine Straftat als antisemitisch klassifiziert wird, hängt also davon ab, wie gut Beamt*innen in der Lage sind, Antisemitismus zu erkennen. Bereits hier zeichnen sich Defizite ab. Seitens des Bundeskriminalamts werden Delikte, die „aus einer antijüdischen Haltung heraus begangen“ werden (BMI 2017, 38) als antisemitisch gewertet. Seit 2017 bietet die „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ als Empfehlung der Bundesregierung eine inhaltliche Orientierung, um Antisemitismus zu erfassen (IHRA 2016; BMI 2017), diese ist jedoch nicht rechtsverbindlich.

Die PMK-Statistik informiert also – wie andere Kriminalitätsstatistiken auch – nicht über das reale Kriminalitätsaufkommen, sondern vor allem über polizeiliches Handeln. Zudem bildet sie lediglich ein Hellfeld ab, das heißt das Ausmaß angezeigter Straftaten und die Verfolgungsintensität der Polizei. So können Änderungen im Anzeigeverhalten die Grenzen zwischen Hell- und Dunkelfeld verschieben, ohne damit zuverlässige Aussagen über die tatsächliche Kriminalitätsentwicklung zu liefern (BMI 2020). Eine der Ursachen dafür ist das sogenannte „Underreporting“ (UEA 2017, 31): Viele Straftaten werden weder durch Betroffene noch durch Zeug*innen angezeigt oder gemeldet. Sogenannte Dunkelfeldstudien (Victim-Surveys) können helfen, Erkenntnisse über das tatsächliche Kriminalitätsaufkommen und die Ursachen für den Verzicht auf eine Anzeige bei der Polizei zu gewinnen. Studien zu Viktimisierungserfahrungen von Betroffenen vorurteilsmotivierter Kriminalität zeigen, dass durchschnittlich nur ein Viertel der einschlägigen Straftaten angezeigt werden. Vor allem Bedrohungen, Beleidigungen und üble Nachrede wurden signifikant seltener als andere Delikte zur Anzeige gebracht (Groß et al 2018).

Eine Studie der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) aus dem Jahr 2013 ermittelte Erfahrungen und Wahrnehmungen von Antisemitismus unter Jüd*innen in neun EU-Staaten. In Deutschland, wo die Da-

tenerhebung durch Olaf Glöckner (MMZ Potsdam) unterstützt wurde, gaben 30 Prozent der Befragten an, in den letzten zwölf Monaten wegen ihres Jüdischseins angefeindet worden zu sein. 75 Prozent der Betroffenen von antisemitisch-motivierter körperlicher Gewalt und 71% der Betroffenen von antisemitischen Belästigungen haben den aus ihrer Sicht schwerwiegendsten Vorfall nicht bei der Polizei oder einer anderen Stelle gemeldet (FRA 2013: 12f). 2018 zeigte eine Folgestudie in 14 EU-Staaten, für die wiederum Glöckner die deutsche Datenerhebung unterstützte, dass sich die Anzeigebereitschaft der europäischen Jüd*innen sogar verschlechterte: acht von zehn Befragten (79 Prozent), die in den letzten fünf Jahren antisemitischen Belästigungen ausgesetzt waren, meldeten den schwerwiegendsten Vorfall nicht. Die Hauptgründe dafür waren Befürchtungen, dass eine Anzeigenstellung nichts bewirken würde (48 Prozent), der Vorfall nicht ernst genug sei (43 Prozent) und eine Anzeigenstellung vor allem Ärger verursache (22 Prozent) (FRA 2018, 12). Laut einer Online-Befragung im Auftrag der Universität Bielefeld (Zick et al. 2017) übermittelten 24 Prozent der Befragten einen Vorfall an die Polizei oder eine andere Stelle (ebd., 30).

Der unmittelbare Vergleich der FRA-Surveys und der Bielefelder Studie mit Polizeilichen Kriminalstatistiken ist wegen ihrer unterschiedlichen Ansätze unzulässig. Die Polizei sieht dabei nicht nur weniger, sondern gleichzeitig auch mehr – nämlich Delikte, die antisemitisch motiviert, aber nicht direkt gegen Jüd*innen oder jüdische Einrichtungen gerichtet sind, so dass potenziell Betroffene sie häufig gar nicht zur Kenntnis nehmen.

ERFASSUNG IN BRANDENBURG

2018 untersuchte die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) die Wahrnehmungen und das Erleben von Antisemitismus durch polizeiliche und zivilgesellschaftliche Stellen sowie jüdische Betroffene im Land Brandenburg. Dazu wertete RIAS die vom Landeskriminalamt übermittelten antisemitischen Straftaten der Jahre 2014 bis 2018 aus und verglich sie mit der Erfassung antisemitischer Vorfälle durch die lokale Zivilgesellschaft und den Daten aus dem eigenen Monitoring. Zusätzlich dazu führte RIAS leitfadengestützte Interviews mit Vertreter*innen jüdischer Gemeinden in Brandenburg zu ihren Wahrnehmungen von Antisemitismus im Bundesland sowie ihrer Anzeigebereitschaft bei der Polizei und anderen Meldestellen. Bei zwölf Interviews mit insgesamt 13 Vertreter*innen jüdischer Institutionen und einer kirchlichen Gemeinde ist die Befragung jedoch nicht repräsentativ für die etwa 2.000 Gemeindeglieder und andere Jüd*innen in Brandenburg.

Die Befragung ergab, dass das Vertrauen der jüdischen Gemeinden in die Polizei groß ist und sie als erste Ansprechpartnerin bei strafrechtlich relevanten antisemitischen Vorfällen dient (VDK/RIAS 2019, 28f). Die Mehrheit der Befrag-

ten berichtete über relativ wenige Vorfälle in ihrem direkten Umfeld oder gegen ihre Einrichtung, umso mehr aber über Antisemitismus als alltagsprägende Erfahrung in Form von verletzenden oder unwissenden Aussagen und Handlungen einer ressentimentbehafteten Umgebung (ebd., 19f). Zudem berichtete ein Teil der Befragten von einer Verschränkung mit anderen Diskriminierungsformen. Da es sich beim überwiegenden Teil der Mitglieder der jüdischen Gemeinden um Zuwander*innen aus der ehemaligen Sowjetunion handelt, sahen sich die Befragten, auch mit Diskriminierungsformen wie Rassismus konfrontiert (ebd., 20).

96 PROZENT RECHTSMOTIVIERT

Im Zeitraum von 2014 bis 2018 nahm die Brandenburger Polizei 433 antisemitische Straftaten auf. Zivilgesellschaftliche Stellen und Projekte registrierten im Erhebungszeitraum hingegen 97 Vorfälle, von denen 38 ebenfalls in der PMK-Statistik aufgelistet waren (ebd., 44). 96 Prozent der Vorfälle wurden von der Polizei als rechtmotiviert klassifiziert. Nach Prüfung durch RIAS ist davon auszugehen, dass diese Einordnungen in der Regel gewissenhaft und korrekt, das heißt entsprechend den oben beschriebenen Richtlinien vorgenommen wurden. Jeweils ein Prozent der antisemitischen Straftaten wurden den Phänomenbereichen „PMK-ausländische Ideologie“ und „PMK-religiöse Ideologie“ zugeordnet (ebd., 46). Im Vergleich: für das Jahr 2018 klassifizierte das BKA 89 Prozent der entsprechenden Straftaten bundesweit als „PMK-rechts“ (BKA 2020).

Bei über der Hälfte der Delikte in Brandenburg handelte es sich um Volksverhetzungen (242), während die Zahl der Gewaltdelikte bei zwölf lag. Insgesamt 63 Zähl-delikte richteten sich gegen Personen in Form von Beleidigungen, Bedrohungen, Diebstahl und Nötigung (ebd., 46). Auch die regionale Verteilung der Straftaten lässt Rückschlüsse zu. Etwa die Hälfte der antisemitisch motivierten Straftaten (53 Prozent, 228 Zähl-delikte) wurden in Kleinstädten und ländlichen Regionen angezeigt, und dabei in Orten, in denen keine jüdischen Gemeinden existieren (ebd.: 46). Die Straße (69), Bildungseinrichtungen (45) und das Internet (41) sind die häufigsten Orte, an denen sich angezeigte antisemitische Straftaten ereigneten. In 30 Fällen waren es Gedenkstätten und Gedenkort. Deutlich seltener richteten sich die Straftaten gegen erkennbare Jüd*innen. Dies gilt insbesondere für den Tatort Straße, wo sich keine Straftat unmittelbar gegen Jüd*innen richtete (ebd., 54).

Keine der übermittelten Straftaten wurde dem „Israel-Palästina-Konflikt“ zugeordnet, was darauf schließen lässt, dass internationale Ereignisse in Brandenburg derzeit selten Einfluss auf das Straftataufkommen haben. In dieser Hinsicht unterscheidet sich das Flächenland Brandenburg deutlich von Berlin und anderen Ballungsräumen.

Dorina Feldmann (RIAS Brandenburg, Fachstelle Antisemitismus Brandenburg am MMZ Potsdam)

DIREKTE ANSPRACHE

EINE QUANTITATIVE AUSWERTUNG ZU „BÜRGERDIALOGEN“ UND ANDEREN VERANSTALTUNGSFORMATEN DER „ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND“ IM LAND BRANDENBURG

Zum Selbstbild der „Alternative für Deutschland“ (AfD) nicht nur in Brandenburg gehört es, eine Partei zu sein, die stärker als andere für „Bürgernähe“ stehe und die flächig präsent ist. Seine Partei sei „jeden Tag bei den Menschen vor Ort“, äußert sich etwa der Landesvorsitzende Andreas Kalbitz: „Die Probleme in Deutschland und in Brandenburg sind zu gravierend, um sechs Wochen Sommerurlaub zu machen, wie sich das andere leisten können“ (AfD Kompakt 2018). Die lokale und regionale Wahrnehmbarkeit der eigenen Partei wird von Kalbitz mit einer unterstellten Faulheit und Abgehobenheit in der restlichen Politik kontrastiert.

Tatsächlich verfolgt die AfD eine Kommunikationsstrategie, die sie von anderen Parteien unterscheidet. In Brandenburg legt die AfD insbesondere großen Wert auf ihre Kooperation mit „Bürgerinitiativen“. Damit ist in erster Linie die Zusammenarbeit mit rechtsextremen oder flüchtlingsfeindlichen Gruppierungen wie „Zukunft Heimat“ oder „Pegida“ gemeint. Obwohl die Größe und Frequenz solcher Demonstrationen rückläufig ist, charakterisiert sich die AfD in Brandenburg selbst explizit als eine Partei, die mit der „Bürgerbewegung“ kooperiere (AfD Brandenburg 2019).¹ Daneben werden von der Brandenburger AfD – wie in anderen AfD-Landesverbänden auch – Social-Media-Kanäle im Internet intensiv und erfolgreich bespielt. Auf Facebook etwa hat die Präsenz der Landespartei rund 26.000 Abonnements – fast genauso viele wie alle anderen im Landtag vertretenen Parteien zusammen.

Partei	Facebook-Abonnements
AfD	26.400
Bündnis 90 / Die Grünen	2.600
BVB/FW	2.300
CDU	4.700
Linke	6.900
SPD	11.900

Gegenöffentlichkeit auch online: Abonnements der Facebook-seiten der im Brandenburger Landtag vertretenen Parteien (Stand: 27.2.2020).

ZIEL: SCHAFFUNG EINER MULTIMEDIALEN GEGENÖFFENTLICHKEIT

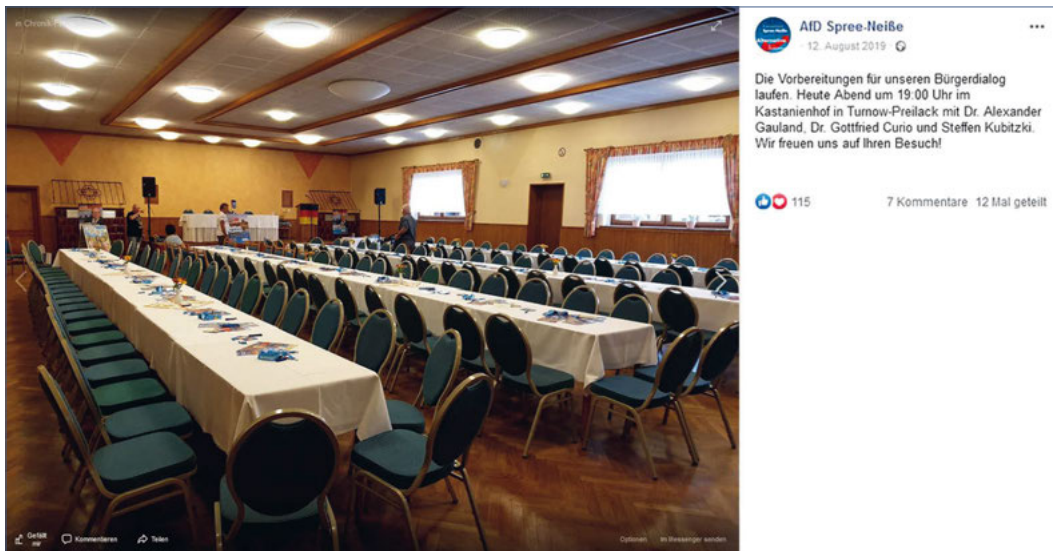
Die Partei arbeitet zudem eng mit teils rechtsextremen Blogs oder Magazinen zusammen. Diese Elemente – Straßen- und Social-Media-Aktivismus sowie Anbindung an „Alternativmedien“ – lassen das Bemühen erkennen, breitere Bevölkerungsschichten auch auf Wegen abseits gängiger parteipolitischer Kanäle zu erreichen. Hin und wieder wird in Parteimedien die Notwendigkeit der Herstellung einer solchen „Gegenöffentlichkeit“ herausgehoben (vgl. Fromm et al 2018).²

Während zur Demonstrationspolitik der AfD und ihrer Präsenz in den sozialen Medien schon einige Arbeiten verfasst wurden, ist einem weiteren Element der AfD-Kommunikationsstrategie bislang wenig Aufmerksamkeit gewidmet worden. Seit ihrer Gründung führte die AfD in Brandenburg eine Vielzahl von nicht-demonstrativen Versammlungen in geschlossenen Räumen durch, die als Vorträge, „Bürgerdialoge“ oder „Stammtische“ angekündigt waren. Im ganzen Bundesland hat die Partei somit Gelegenheiten produziert, bei denen Interessierte niedrigschwellig Kontakt mit der Partei aufnehmen können. Die Frequenz dieser Saalveranstaltungen – manchmal zu speziellen Themen, manchmal thematisch offen gehalten – ist gestiegen. Auch vor dem Hintergrund eines kleiner werdenden Demonstrationsgeschehens hat diese Form der direkten Ansprache offenbar parteiintern an Bedeutung gewonnen.

Wir haben mittels Recherchen auf den Facebook-Accounts von AfD-Parteigliederungen die von der Partei ausgerichteten Veranstaltungen seit der Gründung des Landesverbandes im April 2013 bis zum Ende des Jahres 2018 rekonstruiert. Ziel war es, über einen größeren Zeitraum von fast sechs Jahren quantitative Aussagen über diese Form der Parteiaktivität auf regionaler Ebene machen zu können. Eine qualitative Auseinandersetzung – etwa mit den politischen Inhalten, der politischen Rhetorik und der Inszenierung dieser Veranstaltungen – konnte auf diesem Wege nicht geleistet werden.

¹ Der thüringische AfD-Vorsitzende Björn Höcke bezeichnet seine Partei explizit als „Bewegungspartei“ (Kanal Schnellroda 2015).

² Der Begriff der Gegenöffentlichkeit geht auf Überlegungen von Negt und Kluge zurück, die an Habermas' Theorie der öffentlichen Kommunikation anschlossen und als Theoretisierung des Medienschaffens sozialer Bewegungen rezipiert wurden (vgl. Negt/Kluge 1990).



*Vor einem Bürgerdialog.
Screenshot: AfD Spree-
Neiße.*

Zur Datengewinnung durchsuchten wir die 40 uns bekannten brandenburgischen AfD-Facebookseiten – von der Präsenz der Landtagsfraktion bis zu Ortsverbänden – auf Veranstaltungshinweise und erfassten Metadaten wie Ort, Datum, Thema, Format und Redner*innen. Interne Veranstaltungen wie Parteitage oder Schulungen wurden ausgelassen, da uns die Form der Veranstaltung als Instrument unmittelbarer parteipolitischer Kommunikation nach außen hin interessierte. Eine Überprüfung, ob die Veranstaltungen tatsächlich stattfanden, ist in der Regel nicht möglich gewesen. Aussagen über die Größe des Publikums ließen sich bei den meisten Veranstaltungen ebenfalls nicht treffen. Nur in einer Minderheit der Fälle ließ sich anhand von bebilderten Nachberichten eine ungefähre Publikumsgröße nachvollziehen. Zwischen offen beworbenen Stammtischen, zu denen nur eine Handvoll Parteimitglieder erschienen, bis zum „Bürgerdialog“ mit Partei-Bundesprominenz und mehreren hundert Gästen reichte in dieser Hinsicht die Spannweite.

FAST 900 SAALVERANSTALTUNGEN

Insgesamt zählten wir im Untersuchungszeitraum 899 Veranstaltungen der AfD im Bundesland. Dies entspricht im Durchschnitt drei Veranstaltungen je Woche.

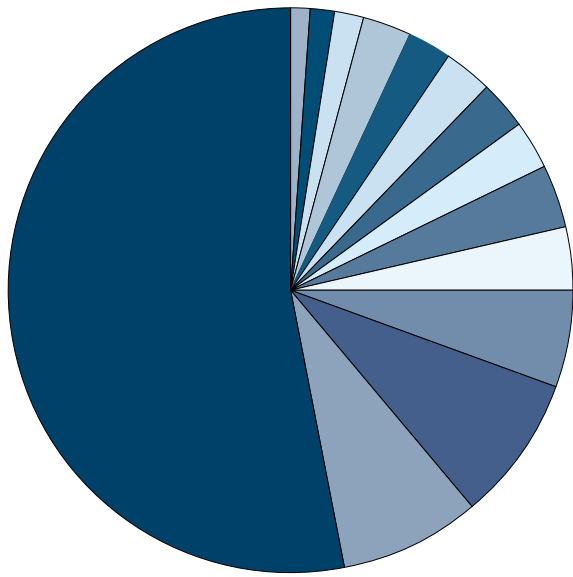
Rund 41 Prozent der Veranstaltungen (absolut: 375) entfielen auf niedrigschwellig angelegte „Stammtische“; 32 Prozent (291) auf die auf höhere Besuchszahlen abzielenden „Bürgerdialoge“ und 25 Prozent (216) der Veranstaltungen waren als Vortragsveranstaltungen konzipiert. Eine Minderheit von 2 Prozent (17) waren kulturell ausgerichtete Veranstaltungen wie Lesungen oder Parteifeste.

Zumeist fanden die Veranstaltungen in Restaurants, Gasthöfen, angemieteten Hallen und in AfD-Räumen wie Geschäftsstellen statt. Nicht selten wird auf Immobilien von Parteimitgliedern und Sympathisant*innen zurückgegriffen.

Über die Hälfte der von uns registrierten Veranstaltungen (475) hatte keinen erkennbaren inhaltlichen Schwerpunkt. Oftmals handelte es sich dabei um „Stammtische“ oder „Bürgerdialoge“, zu denen oft zwar die eingeladenen Parteiredner*innen angekündigt waren, aber eben kein Thema der Reden genannt wurde. Die Schwerpunktthemen der restlichen Veranstaltungen wurden von uns in 13 Komplexe geclustert. Am häufigsten: Inhalte aus dem für die AfD-Politik fraglos bedeutsamen Komplex „Asyl“, „Migration“ und „Islam“ standen bei 74 Veranstaltungen im Fokus. Gleichauf mit ebenfalls 74 Veranstaltungen lagen Wahlkampfveranstaltungen, bei denen AfD-Kandidierende für sich warben. Dem Themenkomplex „Bildung“ und „Soziales“ waren 49 Veranstaltungen gewidmet. 34 Veranstaltungen waren Abenden vorbehalten, an denen AfD-Abgeordnete verschiedener Parlamente ihre Arbeit vorstellten und bewarben.

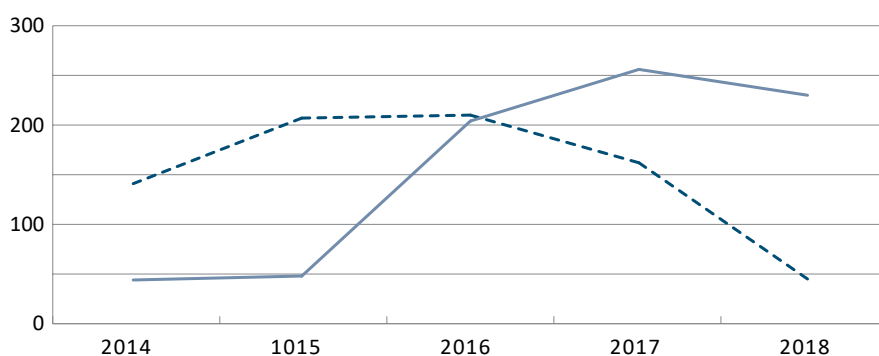
Geographisch verteilten sich die Veranstaltungen auf das gesamte Bundesland. Im Median fanden in den 14 Landkreisen und vier kreisfreien Städten im Untersuchungszeitraum 40,5 Veranstaltungen statt. Die wenigsten Veranstaltungen waren in Brandenburg (Havel) (2), Ostprignitz-Ruppin (6) und der Uckermark (10) zu verzeichnen. Der Landkreis Teltow-Fläming hingegen ist mit 205 AfD-Veranstaltungen deutlich überrepräsentiert – dort wurden mit besonders hoher Konstanz und in hoher Frequenz in zahlreichen Orten und Kleinstädten Veranstaltungen ausgerichtet. Am zweithäufigsten fanden AfD-Veranstaltungen im Landkreis Märkisch-Oderland (97), gefolgt vom Landkreis Dahme-Spreewald (87) statt.

Wenn die Veranstaltungen mit dem Auftritt von Redner*innen beworben wurden, traten bis auf seltene Ausnahmen nur Personen auf, die unmittelbar für die AfD oder ihr nahestehende Organisationen tätig sind. Die hauptamtlichen, professionellen Politiker*innen der AfD bestritten einen Großteil dieser Auftritte, manchmal ergänzt um Beiträge von kommunal aktiven AfD-Funktionär*innen aus



*Thematische Schwerpunkte der AfD-Saalveranstaltungen
2013 bis 2018. Daten und Darstellung: EJGF.*

	Themen	Summe
	Umwelt	12
	Fest	12
	Kultur/Geschichte	15
	Außenpolitik	24
	Meinungsfreiheit/Medien	24
	Innere Sicherheit	24
	Sonstiges	25
	Kommunales	26
	Wirtschaft	31
	Parlamentsbericht	34
	Bildung/Soziales	49
	Asyl/Migration/Islam	74
	Wahlkampf	74
	offen	475



*Aufkommen von rechtsextremen und
flüchtlingsfeindlichen Demonstrationen
und von Saalveranstaltungen der AfD im
Land Brandenburg. Daten und Darstel-
lung: EJGF.*

den veranstaltenden Orts- oder Kreisverbänden. Die meisten Auftritte bei brandenburgischen AfD-Veranstaltungen hatte der Landesvorsitzende Andreas Kalbitz (79), gefolgt von der stellvertretenden Landesvorsitzenden Birgit Bessin (58) und Sven Schröder (50), der im Untersuchungszeitraum noch Mitglied der Landtagsfraktion war. Unter den 15 Redner*innen, die am häufigsten in Brandenburg auftraten, waren 13 schon im Untersuchungszeitraum hauptberufliche Parlamentarier*innen.

Betrachten wir die Daten im Zeitverlauf, so fällt auf, dass die AfD erst ab 2016 in höherem Ausmaß Veranstaltungen ausrichtete. Von 2013 bis 2015 lag die Zahl jeweils zwischen 33 und 40 Veranstaltungen im Jahr. Ab 2016 stieg dieser Wert auf 197 und wuchs über 258 im Jahr 2017 auf 335 Veranstaltungen im Jahr 2018 an. Die AfD-Veranstaltungen sind somit im Jahr 2018 veralltäglicht worden. Offenbar spiegelt sich in diesem Veranstaltungsgesche-

hen die wachsende Größe und die organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten sowie der strategische Wille der Partei, gezielt solche Veranstaltungen als Mittel ihrer politischen Kommunikation einzusetzen. Möglicherweise hängt die verstärkte Ausrichtung von Veranstaltungen auch mit dem Rückgang des rechtsextremen und flüchtlingsfeindlichen Demonstrationsgeschehens im Bundesland zusammen. Seit ihrem Zenit in den Jahren 2015 und 2016 sind das Aufkommen und die Größe dieser Straßenproteste kontinuierlich rückläufig. Dementsprechend kann sich auch eine Partei wie die AfD auf der Straße seltener als zuvor präsentieren und für sich werben. Die 2016 einsetzende verstärkte Ausrichtung von Saalveranstaltungen kann als Versuch gedeutet werden, den schwächer werdenden Artikulationskanal der Straßendemonstrationen durch einen neuen zu ersetzen.

Christoph Schulze